

Bezugsbedingungen und Einzelgenstände
sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-295
Tel.-Adresse: Sozialdemokratie Berlin

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

5 Pfennig

Montag
9. Februar 1925

Verlag und Einzelgenabteilung:
Geschäftstages: 9-5 Uhr
Verleger: Dietrichs-Verlag GmbH,
Berlin SW. 66, Cindenzstraße 3
Fernsprecher: Dönhoff 2500-2507

Die Schuld am Ruhrskandal.

Die Ausschaltung der sozialdemokratischen Minister.

Inmitten vor Redaktionsschluss geht uns folgende Erklärung zu:

Die früheren Reichsminister Robert Schmidt und Sollmann haben in einer Erklärung zum Ausdruck gebracht, daß Reichsstellen versucht hätten, die am 3. November 1923 ausgeschiedenen sozialdemokratischen Reichsminister für die unter Verletzung des Budgetrechts im Jahre 1924 an die Ruhrindustriellen gezahlten Entschädigungen mitverantwortlich zu machen, und haben im Anschluß daran drei Fragen an die Reichsregierung gerichtet. Dazu wird von unterrichteter Stelle folgendes festgestellt:

a) Von Reichsstellen ist niemals versucht worden, die am 3. November 1923 ausgeschiedenen sozialdemokratischen Reichsminister für die im Jahre 1924 erfolgte Auszahlung der Entschädigungen an die Ruhrindustriellen mitverantwortlich zu machen. Nichts ist nur, daß gegenüber unzutreffenden Darstellungen der Vorgänge im Oktober-November 1923 Richtigstellungen auf Grund der amtlichen Protokolle und Akten vorgenommen worden sind. Diese Richtigstellungen beziehen sich nicht auf die Auszahlung der Entschädigung, sondern auf die Eingehung der Verpflichtungen der Reichsregierung gegenüber dem Ruhrbergbau aus Anlaß der Ricumverträge, die im Oktober 1923 erfolgt ist.

Die Verhandlungen zwischen Reichsregierung und Ruhrbergbau (Sechserkommission) waren durch das Schreiben des Herrn Hugo Stinnes vom 7. Oktober 1923 eingeleitet worden. Lieber dieses Schreiben hat am 8. Oktober 1923 im Reichstag eine vorbereitende Ressortbesprechung stattgefunden, an der der Reichsfinanzminister, der Reichswirtschaftsminister, der Reichsarbeitsminister, der Reichsminister für die besetzten Gebiete und Vertreter des Auswärtigen Amtes teilgenommen haben. Es wurde laut Protokoll beschlossen, daß man sich über die Angelegenheit im Rahmen des gesamten Kabinetts unter Leitung des Reichskanzlers aussprechen müsse, sobald die erforderliche außenpolitische Klarheit gegeben sei.

Eine weitere Vorbesprechung unter Zugiehung der Vertreter des Ruhrbergbaues fand am 9. Oktober 1923, nachmittags 5 Uhr, im Reichstag statt, die lediglich der Klärung der, in dem Brief vom 7. Oktober aufgeworfenen Fragen diente und in der laut Protokoll gleich zu Beginn von der Reichsregierung festgestellt worden war, daß irgendeine bindende Entscheidung der Reichsregierung bei dieser Besprechung nicht stattfinden könne.

Ueber die auf den Brief des Herrn Stinnes vom 7. Oktober zu ermittelnde Antwort hat am 11. Oktober 1923 eine Kabinettsitzung stattgefunden, an der auch die sozialdemokratischen Minister Schmidt, Sollmann und Radbruch teilgenommen haben und in der dann die unter dem 12. Oktober erteilte und am 14. Oktober im Wortlaut veröffentlichte Antwort in jedem einzelnen Punkte festgelegt wurde.

Am 19. Oktober 1923 fand eine erneute Besprechung mit den Vertretern der Sechserkommission statt. Von den Reichsministern haben daran teilgenommen der Reichskanzler, der Reichsarbeitsminister, der Reichswirtschaftsminister und der Reichsverkehrsminister. In dieser Sitzung berichtete die Sechserkommission über ihre Verhandlungen mit der Ricum und entwickelte die Vorschläge, die darauf in dem Schreiben des Herrn Stinnes vom 20. Oktober der Reichsregierung schriftlich übermittelt wurden. Beschlüsse wurden nicht gefaßt, die einzige Zusage bestand darin, daß der Reichskanzler laut Protokoll in Aussicht stellte, die erbetenen Entscheidungen nach Erörterung im Kabinett mitzuteilen.

Im Anschluß an den Brief des Herrn Stinnes vom 20. Oktober, in dem die obengenannten Vorschläge formuliert waren, fand am 20. Oktober mittags 12 Uhr eine Kabinettsitzung statt, an der von sozialdemokratischer Seite die Reichsminister Schmidt, Sollmann und Radbruch und der preussische Ministerpräsident Braun teilgenommen haben. Der einstimmig gefaßte Beschluß des Kabinetts ging dahin, den Reichskanzler zu ermächtigen, auf der Basis der Vorschläge der Sechserkommission mit dieser zu verhandeln. Der Inhalt des Kabinettsbeschlusses ist in dem Schreiben vom 21. Oktober an Herrn Hugo Stinnes niedergelegt.

Ueber die weiteren Verhandlungen zwischen Sechserkommission und Ricum, die auf der Basis des Kabinettsbeschlusses vom 20. Oktober stattgefunden hatten, berichtete Herr Hugo Stinnes in einer Besprechung am 31. Oktober abends 5 Uhr. Von den Reichsministern waren anwesend: der Reichsarbeitsminister, der Reichsfinanzminister, der Reichswirtschaftsminister, der Reichsverkehrsminister und der Reichsminister für die besetzten Gebiete. Nach Entgegennahme des Berichts und einer Erörterung der Lage wurde laut Protokoll beschlossen, die Angelegenheit einer möglichst unter Vorsitz des Herrn Reichskanzlers stattfindenden Kabinettsitzung zu unterbreiten.

Diese Kabinettsitzung hat am 1. November 1923 stattgefunden. In ihr waren von sozialdemokratischer Seite anwesend die Reichsminister Schmidt, Sollmann und Radbruch. In dieser Sitzung hat der Reichsminister des Innern Sollmann, die Stellungnahme der sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts zu den Anträgen als Stimmhaltung zu betonen.

Der Reichsminister der Finanzen schlug vor, die Redaktion des Antwortschreibens an Herrn Stinnes einem Ausschuß zu übertragen, in dem die Reichskanzler, das Reichsfinanzministerium, das Reichswirtschaftsministerium und das Reichsministerium für Wiederaufbau vertreten seien.

Der Reichskanzler stellte fest, daß das Reichsministerium dem Antrage der Sechserkommission zustimme und die Formulierung des Antwortschreibens dem vom Reichsfinanzminister vorgeschlagenen Ausschuß übertrage.

Somit die tatsächlichen Vorgänge.
b) Zu den Fragen der früheren Reichsminister Robert Schmidt und Sollmann

ist danach folgendes festzustellen:

1. Es ist richtig, daß an den entscheidenden Kabinettsitzungen vorangehenden orientierenden Vorbesprechungen die sozialdemokratischen Minister als Chefs des Reichsministeriums des Innern, des Reichsministeriums für Wiederaufbau und des Reichsministeriums der Justiz nicht teilgenommen haben. Dies Verfahren entspricht durchaus dem ordentlichen Geschäftsgang innerhalb des Reichsministeriums, nach dem an lediglich vorbereitenden Besprechungen nur die unmittelbar beteiligten Ressorts teilzunehmen pflegen. Eine Bedeutung für die Entscheidungen der damaligen Reichsregierung kommt diesen Vorbesprechungen nicht zu, da Entscheidungen dabei nicht gefaßt sind. Es haben vielmehr im Anschluß an jede Vorbesprechung Kabinettsitzungen stattgefunden und nur in diesen sind Entscheidungen getroffen worden. In diesen Kabinettsitzungen haben ausnahmslos sämtliche sozialdemokratischen Mitglieder des Kabinetts teilgenommen.

2. Es ist richtig, daß an der Kabinettsitzung vom 1. November 1923 die sozialdemokratischen Minister sich der Stimme enthalten haben. Eine Ablehnung der Verantwortung für die Haltung der Reichsregierung konnte in dieser Stellungnahme der sozialdemokratischen Minister nach den Gepflogenheiten des Reichsministeriums nicht erblickt werden, zumal irgendein Einspruch prinzipieller oder sachlicher Art nicht erhoben worden ist, und zumal die grundsätzliche Entscheidung über die seitens der Reichsregierung gegenüber dem Ruhrbergbau aus Anlaß der Ricumverträge einzugehenden Verpflichtungen bereits am 20. Oktober 1923, und zwar unter Zustimmung des gesamten Kabinetts (einschließlich der sozialdemokratischen Reichsminister) gefaßt war. Am 1. November 1923 hat das Kabinett nur noch über die Festlegung der Einzelheiten Beschlüsse gefaßt. Diese sind in den Schreiben vom 1., 2. und 13. November 1923 niedergelegt.

3. Es ist richtig, daß sich keine Kabinettsitzung der großen Koalition mit der Frage der Zustimmung des Parlaments zu den Entschädigungszahlungen an die Ruhrindustrie befaßt hat. Richtig ist jedoch auch, daß die Form der Auszahlung für die Frage der Eingehung der Verpflichtung völlig unerheblich ist. Für die später erfolgte Auszahlung der Entschädigung kommt eine Verantwortung des damaligen Kabinetts der großen Koalition selbstverständlich nicht in Frage. Dadurch wird aber nichts an der Tatsache geändert, daß auch die sozialdemokratischen Mitglieder des Reichskabinetts die Entschädigungsverpflichtung des Reichs gegenüber dem Ruhrbergbau anerkannt haben.

Zu dieser Antwort der Regierung auf die Fragen der Genossen Schmidt und Sollmann stellen wir kurz folgendes fest: Die Regierung zieht sich jetzt zurück auf eine grundsätzliche Zustimmung zu einer Entschädigung für den Ruhrbergbau, die für jeden selbstverständlich war. Demgegenüber möchte sie die Auszahlung der Entschädigung für unerheblich erklären.

Richtig ist, daß an eine Entschädigung von solchem Riesenausmaß, die unter so skandalösen Bedingungen unkontrolliert und ohne Berechnung aller Entschädigungen, die der Ruhrindustrie bereits zugeflossen sind, am 20. Oktober niemand gedacht hat. Weder die sozialdemokratischen Minister, noch Herr Stresemann, noch Herr Stinnes, der die Zusage vom 20. Oktober als „Mondwechsel“ bezeichnete.

Im übrigen bestätigt die Erklärung bis in die Einzelheiten die Darstellung der Genossen Robert Schmidt und Sollmann. Es ist richtig, daß sie von allen Vorbesprechungen mit Herrn Stinnes ausgeschaltet worden sind. Es ist richtig, daß sie die Verantwortung für den Beschluß vom 1. November abgelehnt haben.

Was die Herren Stresemann und Luther sich dabei gedacht haben, ist unerheblich. Sie mögen das Protokoll dieser Kabinettsitzung veröffentlichen, wozu sie sich immer noch nicht verstehen wollen.

Der südslawische Wahlsonntag.

Ungeheurer Regierungsterror.

Belgrad, 9. Februar. (Ill.) Nach Kroatischen waren vier Infanterieregimenter geschickt worden. Der Führer der Opposition, Dawidowitsch, der bei der letzten Wahl nur 4000 Stimmen erhielt, wurde mit 6000 Stimmen gewählt. In Salzburg wurde der Oppositionsführer Dr. Anton Koroschek gewählt. Hervorzuheben ist

der große Stimmzuwachs der oppositionellen Parteien. Ein klares Bild über den Ausfall der Wahl wird man sich kaum vor Dienstag machen können, da die Resultate aus Bosnien, der Herzegowina und Dalmatien kaum vor Montag eintreffen werden.

Verschleppung und Irreführung.

700 Millionen an die Schwerindustrie — das nennt Luther Ersparnisse.

Die Denkschrift der Regierung über den Ruhrskandal ist abermals verschoben. Sie wird nicht im Anfang der Woche, sondern erst gegen Ende der Woche fertiggestellt werden. Grund: Herr Luther ist nach dem deutschen Süden gereist. Die Herren der Bureaukraten-Bürgerblockregierung haben es nicht eilig, dem Reichstag Rechenschaft abzulegen. Die Schwerindustrie hat ja ihre 700 Millionen, wozu also die Eile.

Inzwischen ist eine Denkschrift der Abnehmer der 700 Millionen erschienen, herausgegeben von dem Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen in Rheinland und Westfalen. Der Zweck ist, die Deffentlichkeit über den Ruhrskandal hinwegzutäuschen. Die Regierung hat wohl auf diese Denkschrift gewartet, um zu sehen, wie die Ruhrniefer sich herausreden? Die Annahme ist nicht unberechtigt. Die Denkschrift der Industriellen führt folgenden Beweis:

Die Befehlsmächte haben nach der Berechnung, die auf der Konferenz der interalliierten Finanzminister vorgelegt wurde, aus dem besetzten Gebiet 982 Millionen Goldmark herausgepreßt. Die 700 Millionen Entschädigung sind nur 60 Proz. davon, also bringt die Industrie „ungeheure Opfer“.

Sofort, nachdem die Industriellen diese verlogene Beweisführung der Deffentlichkeit vorsetzen, meldet sich auch die Regierung Luther wieder. Sie verbreitet eine offiziöse Erklärung, in der es heißt:

Was die 700 Millionen anfangt, so stellen sie nicht eine Entschädigung für irgendwelche, im Zusammenhang mit der Ruhrbefehung erlittenen Schäden dar, sondern sie sind die Bezahlung für die nicht nur von der Schwerindustrie, sondern auch von der übrigen Wirtschaft der besetzten Gebiete geleisteten tatsächlichen Reparations-Sachleistungen an die Befehlsmächte. Diese Leistungen der besetzten Gebiete sind auf der kürzlichen Konferenz der alliierten Finanzminister in Paris mit rund 1 Milliarde Goldmark berechnet und dem Reich auf Reparationskonto gutgeschrieben worden.

Es ist ganz selbstverständlich, daß das Reich sich diese zunächst von der privaten Wirtschaft aufgebrauchten Leistungen nicht auf Reparationskonto gutschreiben lassen kann, ohne andererseits der privaten Wirtschaft diese Leistungen zu bezahlen. Wie aus dem Vergleich der vom Reich gezahlten rund 700 Millionen Mark mit der dem Reich gutgeschriebenen Summe von rund 1 Milliarde Mark hervorgeht, ist bei der endgültigen Abrechnung mit der Wirtschaft der besetzten Gebiete über diese Leistungen im Wege des Vergleichs für das Reich eine erhebliche Ersparnis erzielt worden.

Diese amtliche Erklärung ist eine unerhörte Irreführung der Deffentlichkeit. Die „Frankfurter Zeitung“ macht darauf aufmerksam, wie die 982 Millionen Goldmark, von denen die Regierungserklärung sagt, sie seien „zunächst von der privaten Wirtschaft aufgebracht“, sich zusammensetzen.

Kohlensteuer 129 Millionen, Zölle 163, Erlaubnisheime usw. 101, Bahlungen 27, Reingehm der Regiebahn 67 und Pässe und Diverse 3 Millionen Mark. Aus der Beschlagnahme von Marknoten, aus Strafen und Requisitionen werden weiter 45,5 Millionen ausgewiesen.

Das ergibt rund 535 Millionen. Für die Lieferungen der Industrie bleiben übrig — nach der Angabe der interalliierten Rechnung 446,4 Millionen Mark. Wenn die Denkschrift der Industriellen eine Entschädigung von 60 Proz. für die Industrie aus diesen Zahlen herausrechnet, so ist das ein plummes Fälschungsmanöver.

Geht man von den Zahlen aus, die die Abnehmer der 700 Millionen und die Regierungserklärung zur Grundlage ihrer Verteidigung machen, so ergibt sich folgende Bilanz für die Industrie:

Schaden durch erpreßte Lieferungen . . . 445 Millionen
Entschädigung durch das Reich Dez. 1924: 645 Millionen
Gesamt an die Industrie: 200 Millionen

So sehen die Dinge aus, wenn man die Zahlen zugrunde legt, von denen Regierung und Schwerindustrie ausgehen. Das nennt die Regierungserklärung: „Ersparnisse“.

In der Tat mögen die Schäden höher gewesen sein. Aber die 700 Millionen aus dem Dezember 1924 sind nicht die einzige Entschädigung, die der Industrie des besetzten Gebiets — den großen Konzernen der Schwerindustrie — zugeflossen sind. Wo bleibt die Abrechnung über die Summen, die die Schwerindustrie während des Ruhrkampfes erhalten hat? Wie werden die niedrigeren Löhne der Arbeiterschaft, die Arbeitszeitverlängerung, die Hochhaltung der Kohlenpreise zugunsten der Industrie berechnet?

Darüber muß mit klaren und einwandfreien Zahlen Aufschluß gegeben werden — nicht mit Reitzgen, die nur der Irreführung dienen. Die „Ersparniserklärung“ der Regierung ist ein besonders skandalöser Fall in dem amtlichen Verschleierveldzug der letzten Tage. Die amtlichen Erklärungen, die bisher abgegeben wurden, werfen von vornherein ein schlechtes Licht auf die Denkschrift, die immer wieder verschleppt wird.

Die Regierung ist bisher von einer Ausflucht in die andere gefallen. Sie hat zunächst überhaupt von nichts wissen wollen. Dann hieß es, es handele sich nur um Bagatelbeträge. Schließlich mußte man, gezwungen

nom Haushaltsauschuss des Reichstags, Zahlen nennen: 715 Millionen. Darauf begann die Lüge von der Mitverantwortung der Sozialdemokraten. Dann suchte man sich hinter eine Mitverantwortung des Bergarbeiterverbandes zu verstecken. Auch diese Ausflucht ist zurückgewiesen worden. Nun geht der amtliche Verschleiervorgang zu einer neuen Methode über und schließt: Wir haben mit den 700 Millionen ja nur Ersparnisse gemacht! Die Methode ist inspiriert von den Interessenten.

In diesem Feldzug der Irreführung der öffentlichen Meinung, der Ausflüchte und falschen Behauptungen liegt eine ungeheure Mißachtung des Parlaments und der öffentlichen Meinung durch die Bureaucratie-Regierung des Reichstags. Diese Regierung will nicht die Wahrheit. Sie will den Ruhrskandal verdunkeln, um im Dunkel der Bureaucratie die Möglichkeit zu geben, die Interessen der Schwerindustrie gegen die Interessen des Staates wahrzunehmen. Diese Regierung ist dem Parlament Verantwortung schuldig. Statt sich zu verantworten, entzieht sie sich der einfachsten Auskunftspflicht und täuscht die Öffentlichkeit. Dies Verhalten der Regierung ist mindestens ebenso skandalös wie die Tafsache der 700-Millionen-Entschädigung an sich!

In Zeichen des weißen Elefanten. Die Deutschnationalen in der Zwangslage.

Die skamable Haltung der deutschnationalen Reichstagsfraktion bei den Verhandlungen über das Wirtschaftsabkommen mit Siam verfehlt die deutschnationalen Presse in tödliche Verlegenheit. Der völkische Vertreter der Deutschnationalen, ein Hochschullehrer, der mit den Disziplinarbehörden schon öfters in Konflikt geraten ist, hatte für sich und seine Freunde die Erklärung abgegeben, der Vertrag mit Siam widerspreche dem Ansehen und der Würde des Reiches. Nach dieser feierlichen Erklärung durfte man neugierig sein, wie sich die deutschnationalen Fraktion bei der Abstimmung verhalten würde. Nach den Befehlen der Logik war nicht anzunehmen, daß die Deutschnationalen einem Vertrag ihre Stimme geben, der das Reich nach ihrer Ansicht schädigt. Aber als es zur Abstimmung kam, verließ der größte Teil der Deutschnationalen fluchtartig den Sitzungssaal und machte auf diese Weise aus Angst vor einer Ablehnung des Vertrages das Haus beschlußunfähig.

Das dürfen aber die Wähler im Lande nicht wissen. „Kreuzzeitung“ und „Deutsche Tageszeitung“ unterlagen die Tatsache einfach ihren Lesern. „Nationalpost“ und „Lokal-Anzeiger“ bemerken so bescheiden und unauffällig wie möglich, daß vor der Abstimmung „mehrere Abgeordnete der Rechten den Saal verließen“. Auf diese Weise glaubt man wieder einmal den Wählern, die man so lange mit nationalen Phrasen gefüttert hat, Sand in die Augen streuen zu können.

Aber es bleibt trotzdem ein Rest, zu tragen peinlich. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion denkt natürlich nicht daran, den Deutschnationalen ihre Verantwortung als Regierungspartei abzunehmen. Sie wird nicht für einen Vertrag stimmen, den die stärkste Regierungspartei als gegen das Ansehen und die Würde des Reiches verstoßend bezeichnet. Wenn die „Kreuzzeitung“ darin ein Anzeichen dafür erblickt, daß die Oppositionsparteien es auf eine Regierungskrise abgesehen haben, so zeigt das, wie ängstlich man auf der Rechten ist. Die Angst ist verfrüht. Der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion liegt es fern, sich in den Ruhm der rechtsgerichteten hürgerlichen Parteien teilen zu lassen, Krisentreiber um jeden Preis zu sein. Sie beschränkt sich lediglich darauf, der Deutschnationalen Partei einen gesunden Staatsbürgerlichen Anschauungsunterricht zu erteilen, eine erzieherische Tätigkeit, die auch das Kabinett Luther zu würdigen wissen wird.

Einiges hat man in der Partei der Bestarp, Hergt und Freitagtag bereits gelernt. Wenn die „Kreuzzeitung“ z. B. anerkennt, daß Deutschland seit der Aufstufung des Versailler Friedens unter einer Zwangslage handelt und wenn die „Deutsche Tageszeitung“ anerkennt:

„Das wehrlose deutsche Volk, umlagert von bis an die Zähne bewaffneten Feinden, ist in der Zwangslage, solche Verträge abzuschließen zu müssen. Der Wehrlose kann eben alle Zeit voreingeweiht werden. Müßen wir das auch, dann bleibt uns doch aber das Recht, in jedem Falle die Verletzung des Ansehens festzustellen.“

So sind das außerordentlich bemerkenswerte Zugeständnisse an jenen Geist des Pazifismus und der Erfüllungspolitik, der bisher von den Deutschnationalen als landesverätherisch mit tiefer sittlicher Entrüstung bekämpft wurde. Besser könnte auch der „Vorwärts“ die Zwangslage Deutschlands nicht kennzeichnen und was das Recht anbelangt, „in jedem Falle die Verletzung des Ansehens festzustellen“, so ist gerade dieses Recht stets von der Sozialdemokratie als sittliche Pflicht bezeichnet worden — unter dem Hohn und Spott der Deutschnationalen.

Die preußische Regierungsfrage. Sitzung des Interfraktionellen Ausschusses.

Der Interfraktionelle Ausschuss des Landtages ist am Montag vormittag um 11 Uhr erneut zu einer Sitzung zusammengetreten. Es besteht, wie wir hören, die Aussicht, daß der frühere Reichskanzler Ratz einen Auftrag zur Kabinettsbildung in Preußen übernehmen wird. Er wird, wie verlautet, versuchen, zunächst auf Grund der alten Weimarer Koalition eine Lösung zu finden.

Der Prozeß des Reichspräsidenten.

Während die reaktionäre Presse angefüllt ist mit immer neuen „Skandal“geschichten, um die Sozialdemokratie und ihre Führer zu erledigen, während der Untersuchungsausschuss des Landtages — eingeseht, die Kreditpolitik der Preussischen Staatsbank nachzuprüfen — sich zu einem Inquisitionstribunal gegen die Sozialdemokratie gestaltet hat, ist im „Verlag für Sozialversicherung“ ein Buch erschienen, das einen Beitrag zu unserer Zeiten Schande liefert.

Es gibt einen gedrängten Leberblut über jene Verhandlungen vor dem Magdeburger Schöffengericht, die das Ansehen unseres Landes vor der ganzen Welt geschädigt haben, aber doch das eine Gute erzielten, daß zahllose Stellen im Lande sich gezwungen fühlen, demonstrativ Zeugnis abzulegen für den ersten Präsidenten der Republik, der durch jene Prozeßführung und das Urteil als Schädling gebrandmarkt werden sollte. Das Buch „Der Prozeß des Reichspräsidenten“ ist von Karl Brammer herausgegeben, der schon eine Reihe politischer Prozesse im gleichen Verlag publizistisch verarbeitet hat. Es enthält das Wichtigste aus den Zeugnisaussagen, die Anklage- und Verteidigungsreden, die — hier zum ersten Mal veröffentlicht — schriftliche Urteilsbegründung (34 Druckseiten!) und, mit das Wichtigste, eine große Anzahl von Gutachten juristischer Autoritäten gegen das Urteil des Schöffengerichts.

Der Prozeß soll am 17. Februar in der Berufungsinstantz aufs neue aufgerollt werden. Für diese Verhandlungen bietet das Schriftchen eine gediegene Zusammenfassung des Wesentlichen, aber darüber hinaus wird es ein wichtiges Kulturdokument bleiben.

Sie verleumden weiter!

Unter dem Schutz des Staatsanwalts.

Der „Log“ hatte behauptet, der frühere Reichswirtschaftsminister Gen. Robert Schmidt habe mit Barmat im Handl. Briefl. getafelt. Die Absicht, Schmidt zu beleidigen, war offensichtlich. Trotzdem lehnte der Staatsanwalt die öffentliche Klageerhebung ab, da keine Beleidigung vorliege.

Was macht der „Log“? Er nimmt die sachliche Behauptung, Schmidt habe als Minister an Dhwers mit Barmat teilgenommen,

zurück, bemerkt aber zugleich: Wenn Schmidt den Staatsanwalt habe maßlos machen wollen, so habe er „offenbar kein Vertrauen zu seiner Sache“ (dabei wideruft der „Log“ selbst) und wolle die Kosten im Fall einer Freisprechung dem Staat aufhalsen. Seine Beschwerde an das Justizministerium werde ihm nichts helfen und sei wohl auch nur als Geiße gemeint. Es folgt eine Reihe von Sätzen, aus denen jeder herauslesen muß, Schmidt sei aufs schwerste kompromittiert, aber keine einzige substantiierte Behauptung.

Dies infame Verleumdungsgelindel treibt hier sein Spiel, und die Justiz versagt!

Besprechung der Räumungsfrage.

Pariser Blätter wollen wissen, daß die Leiter der französischen und der belgischen Politik, Herriot und Theunis, Ende Februar oder Anfang März nach London kommen werden, um mit Außenminister Chamberlain vor dessen Reise zur Völkerbundstagung die Frage der Räumung der Kölner Zone zu besprechen.

Da Chamberlain wohl über Paris nach Genf reisen wird und Herriot und Theunis gewiß auch dort sein werden, erschieue diese Londonreise der beiden Premierminister als Zeit- und Mühevergeudung, wenn man nicht annehmen will, daß dieses Kompliment für England — Werbekosten für die franko-belgische Forderung darstellt, die Räumung bis zur „Sicherung“ Frankreichs aufzuschieben. Das deutsche Volk verdammt es dem Treiben seiner jüdischen und uninformierten Revanche-Männer, daß auch französische Vorkämpfer auf diesen Standpunkt gelangt sind.

Kommunisten schänden Revolutionsopfer.

Radan am Grabe der Gefallenen.

Bremen, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die gestrige Gedenkfeier der SPD für die 28 Gefallenen bei den Bremer Revolutionskämpfen am 4. Februar 1919, die auch diesmal, wie alljährlich, bei den Revolutionsopfern am Rassenfrage stattfinden sollte, hat ein blutiges und tief beschämendes Zwischenpiel gehabt. Die Kommunisten, die bereits am 4. Februar am Revolutionsgrab ungeführt ihre Sondergedächtnisse abgehalten hatten, hatten in ihrer Zeitung zur Störung der sozialdemokratischen Gedenkfeier aufgefordert. Schon lange vor Beginn unserer Feier hatten etwa 70 Kommunisten, zumeist Mitglieder des „Roten Frontkämpferbundes“, das Grab und die nähere Umgebung des Grabes besetzt. Als die Genossen der SPD, unter denen sich zahlreiche sozialdemokratische Reichsbannermitglieder befanden, am Grabe anlangten, sangen die Kommunisten ihre Mäher und drei der Kommunisten-Häuptlinge hielten von den Gräbern herab Agitations- und Schimpfreden auf die „verräterischen Sozialdemokraten“. Die Kommunisten erklärten, niemand von den Sozialdemokraten an die Gräber herankommen lassen zu wollen. Als nach langen, in größter Ruhe mit den Kommunisten gepflogenen Verhandlungen diese immer noch das Grab besetzt hielten, versuchte der Leiter der sozialdemokratischen Gedenkfeier zum Grabe vorzugehen, wurde aber sofort von den Kommunisten zurückgeschlagen und gleichzeitig auch auf die Umstehenden mit Fäusten, Schlag- und Schußwaffen losgegangen. Unsere Genossen setzten sich energisch zur Wehr und nach minutenlangem Handgemenge auf den Revolutionsgräbern konnten unsere Genossen die Ruheplätze von den Kommunistenherden säubern. Bei dem Handgemenge wurden zahlreiche Personen verletzt. Die Kommunisten entwendeten bei diesem Zwischenfall auch sozialdemokratische Kranzkränze. Unsere Genossen hielten auf dem Grab dann eine kurze Gedenkfeier ab, und in geschlossenem Zuge von etwa 1000 Personen marschierten die sozialdemokratischen Reichsbannerleute und die Arbeiterjugend zur Stadt zurück. Zum ersten Male mußte bei diesen Vorkommnissen auch die Polizei am Grabe der Revolutionsgefallenen eingreifen.

Die Wünsche der Opfer von Kriegs- und Verdrängungsschäden. Auf Veranlassung der Arbeitsgemeinschaft der Interessentenvertretungen für Verdrängungs- und Liquidationsgeschädigte fand am Sonnabend vormittag im Reichstag eine interfraktionelle Sitzung unter Leitung des Reichstagspräsidenten Lübke statt, zu der Vertreter der Arbeitsgemeinschaft zugezogen waren und in der die Wünsche der Arbeitsgemeinschaft vorgetragen wurden.

Ultima Eden.

Von Richard Kainer.

Ich gestehe es frei heraus, daß meine Erfahrungen auf dem Gebiete der Großwildjagd vorwiegend aus der Literatur geschöpft sind. Mit brennendem Interesse verfolgte ich stets die Erzählungen jener juchzenden Jäger, die den afrikanischen Busch durchstreifen und zurückkehren im Schmuck von sieben Löwenhäuten, beladen mit zwölf Paar Elefantenzähnen, einer Krottilshaut und dem linken Hinterfuß eines Hippopotamus. Bei solchen Schilderungen pflegt mein sportliches Blut sich zu erhitzen; doch entbrennt es immer in Teilnahme für das Tier und in Haß gegen den Jäger. Zumal es sich mit annähernder Sicherheit feststellen läßt, daß trotz der angelegentlichsten Bemühungen unserer Chemiker und Genetiker eine unmittelbare Befahr der Ausrottung der weißen Rasse fürs erste von der Hand zu weisen ist, wohingegen der Untergang der besten Repräsentanten der Steppe, der Wüste und des Dschungels in zunehmendem Maße Platz greift. So nehme ich denn mit heilerem Gleichmut selbst den Tod eines gelegentlichen Mitglieds unserer edlen Spezies hin, das einem von ihnen zu einem guten Diner verhelfen mußte, und wenn dieses Mitglied zufällig ein Großwildjäger gewesen sein sollte, so wird sich ein heiteres Lächeln der Vergewitterung in meinen Gleichmut mischen, und ich werde nachträglich wünschen, gut gespeist zu haben.

Indessen gibt es eine bestimmte Sorte von Beuten, die auf wilde Tiere losziehen, vor denen ich in neidvoller Achtung den Hut lüfte. Das sind jene, die ihre Büchsen an der Wand hängen lassen und allein mit einer Kamera bewaffnet auf die Jagd gehen. Sie bringen eine unendlich wertvollere Beute mit als einige Felle oder Zähne. Auch darf man sich diesen Sport, wievohl er soviel humaner ist, keineswegs leichter vorstellen. Der Mann mit der Kamera geht dichter an das Tier heran, als der Mann mit dem Schießsprügel. Er muß sich auf seine Beute und seine Selbstgegenwart verlassen, um sich aus kritischen Situationen zu retten. Dazu kommt, daß infolge der Betriebsamkeit der „Sportleute“ der afrikanische Elefant z. B. so selten geworden ist, daß er nur nachts heraustritt. Tagüber steht er im dunkelsten Wald. Das Auge der Kamera vermag ihn nur in der Dämmerung zu erfassen, und selbst dann selten genug. Das leichte „Mia“ des Knipstastens erschreckt das riesige Tier; es stampft aufregt herum und rennt entweder davon oder auf das närrische Leben los, das loeben dieses dumme Geschöpf verursacht. In diesem Augenblick würde ich, verfehlt ich mich in die Lage des Photographen, Recht um die Würde meiner Art besorgt sein.

Schon öfter, wenn ich lesen mußte, daß es nur noch wenige werden von Strossen gibt, oder daß das Rhinoceros immer seltener wird, oder daß die Ausbeute von Löwenfellen in irgendeiner Kolonie so und so hoch gewesen sei, hegte ich den Wunsch, ein nur mäßiges Territorium — etwa von der Ausdehnung eines mittleren deutschen Freistaats — zu besitzen, daß ich einzäunen würde, und in dem sich die Tiere unbefristet bewegen dürften. In meiner Freude erfahre

ich, daß dies jetzt geschehen ist, obgleich gänzlich ohne mein Zutun. Die belgische Regierung hat ein Gesetz erlassen, wonach etliche Tausend Quadratkilometer im nordöstlichen Kongogebiet zu einem Nationalpark abgetrennt werden. Auf dieser heiligen Erde darf der Mensch weder Tieren noch Pflanzen den mindesten Tott antun — obwohl es Professoren gestattet sein wird, hier zu beobachten, und Malern, hier die Tiernatur zu studieren.

Ich habe es mir fest vorgenommen: Sobald jenes neue Eden offiziell geöffnet wird, werde ich den Staub dieses häßlichen Erdteils von den Füßen schütteln, um sodann den Rest meiner Tage auf dem Dufuße mit meinen Weibern aus dem Urwalde zu beschließen. Ab und zu werde ich neugierig einen der drei Vulkane untersuchen, die dieses letzte Ugl paradisiischer Gepslogenheiten verzieren. Zweifels- ohne werde ich des öfteren einem Zoologen mit einer Kamera oder einem Botaniker mit einem Mikroskop begegnen. Ich werde mich erinnern, ein solches Tier bereits irgendwann einmal gesehen zu haben und ich werde hastig vorbeischießen, um seine unangenehme Witterung zu verlieren.

Gemischter Chor Groß-Berlin. Wir hatten in letzter Zeit mehrfach Gelegenheit, dascha Horenstein an der Spitze seiner einzelnen Chöre zu hören, die an Mitteln und künstlerischen Gestaltungsmöglichkeiten so grundverschieden sind. Immer wieder zeigt er sich als ein Dirigent, der zielbewußt und sicher seine Leute führt, der eine durchaus eigene, wenn auch manchmal stark ungewohnte, so doch stets hinlänglich künstlerisch motivierte Auffassung mitbringt, und der es immer versteht, Programme zu schaffen, die einen durchaus eigenen Stil haben. Der Gemischte Chor Groß-Berlin konnte sein fünfjähriges Bestehen nicht besser ehren, als durch dieses Programm, das alte Meister des 17. und 18. Jahrhunderts vorträgt, von Isaac und Scandellus bis zu Purichude, Krieger und Senfl. Deutsche und Italiener in annuitlichem Wechselspiel, das ein Bild des damaligen Hin und Her in der Komposition beider Länder entwirft. Der Chor hat sich mit der Pflege der alten Kunst ein schwieriges Ziel gesetzt, dem er mit Aufopferung und Erfolg zustrebt, mögen auch Wünsche nach längerer Atemführung, plastischerer Vornestaltung und ausgeglichener Vokalierung noch unerfüllt bleiben. Aber es bedeutet doch viel, wenn ein Verbund des Deutschen Arbeiterbundes ein Werk wie Schülls Osterbiologie „Weib, was weinst du“ in einer solchen Vollendung schon bringt, und es entkräftet am besten die Vorwürfe gegnerischer Schreiber, die von nur politisch-tendenzloser oder sonst unzulässiger Einstellung der Bewegung immer wieder reden. Fritz Klein er spielte Buglebüdes D-Roll Rajacaglia in einem ungewöhnlich langsamem Zeitmaß und unter Bedenrjugung geringer Klangstärken. Ein hoher Genuss war es, Nella Cuzel zu hören, die defist und mit einer raffinierten Leichtigkeit in Ton- und Atemtechnik köstliche Rabinetsstücke ostitalienischer Opernlust beisteuerte. Der Begleitung hätte man eine gleiche Velastigkeit im Ton gewünscht. Ein Abend, der auf beachtlicher künstlerischer Höhe stand.

Eine städtische Galerie in München. Der Münchener Stadtrat hat beschloßen, im Anschluß an die Erwerbung des Vendacischen Anwesens und die Schenkung eines künstlerischen Nachlasses und seiner

Sammungen eine städtische Galerie zu errichten. Das Haus, das Gabriel von Seidl an der Luisenstraße für Vendach baute, soll ebenso wie Vendachs Werkstatt erhalten bleiben, aber im baulichen Zusammenhang mit den vorhandenen Gebäuden die neue Galerie auf demselben Grundstück errichtet werden. Bernünftigerweise plant die Stadt München dort kein Konkurrenzunternehmen gegen die Neue Pinakothek, die Staatsgalerie oder Schack-Galerie, sondern die Beschränkung auf ausgesprochen Münchener Kunstwerke. Von solchen hat sie bereits eine ganze Anzahl im Eigentum, aber diese sind im Rathaus und anderen städtischen Gebäuden zerstreut. Darunter sind gute Dinge. Die Stadt verfügt ferner über den Gemäldebesitz des Stadtmuseums, wo vorzügliche Werke alter Münchener Meister höchst ungenügend aufgestellt sind. Gelingt es, künftige Einigungen auf Erwerbenswertes zu beschließen und vielleicht noch andere hervorragende Münchener Künstlerhäuser wie die von Franz Stud und Eduard Grünher in städtischen Besitz zu bringen, so würde München das Kunstschaffen in seinen Mauern allmählich in einer Weise zeigen können, wie das keiner anderen deutschen Stadt möglich ist.

Hundertjährige der Tierwelt. Das Alter, das Tiere erreichen, ist äußerst verschieden. Unter den Säugetieren leben die großen Tiere meistens länger als die kleinen, aber dies Gesetz gilt nicht unter den Vögeln, denn der Papagei erreicht z. B. dasselbe Alter wie der Adler. Spinnen leben 1—2 Jahre, Käfer sind in der Gefangenschaft bis zu 5 Jahren alt geworden. Die Bienenkönigin bringt es öfters bis auf 5 Jahre, während die Arbeiterinnen im Bienenkorb nicht älter als 6 Wochen werden. Ameisen hat man in der Gefangenschaft bis zu 15 Jahren gehalten, und von der Kröte ist festgestellt worden, daß sie bis 40 erreichen kann. Eine Schildkröte lebte in der Gefangenschaft 150 Jahre, und das Tier damals, als es gefangen wurde, schon recht alt war, kann man das Alter auf ungefähr 300 Jahre schätzen. Am besten bekannt sind die Altersverhältnisse bei den Vögeln. Das Haushuhn lebt bis zu 20 Jahren; Gänse und Enten bringen es bis auf 100 Jahre; beim Schwan hat man sogar ein Alter von 102 Jahren beobachtet. Das höchste Alter des Störches wird mit 70 Jahren, das des Falken mit 162, das des Adlers mit 104 Jahren angegeben. Drosseln bringen es bis zu 18 Jahren. Kanarienvogel bis zu 24, Papageien bis 100 Jahre. Unter den Säugetieren erreicht das Pferd 40—60 Jahre, das Schaf 20, der Hund 28, die Katze 22 Jahre; Elefant und Walfish werden 300 Jahre alt.

Vorträge. Prof. A. von Frisch hält am Mittwoch, abends 8 Uhr, im Hörsaal 129 der Universität, einen Vortrag über „Die Sprache der Bienen“. Karten am Saalengang.

Mag. Zeit hält am 11., abends 8 Uhr, in der Aula Georgenstr. 30 einen Lichtbildvortrag über „Gotische Kathedralen“.

„Die Mitternachts“, das diesjährige Gauslerfest der Schule Reimann, findet Palmsonn, den 24. Februar, und Sonnabend, den 7. März, in den Gauslerhäusern des Zoo statt.

„Die Nacht der Vornherzigkeit“, Schauspiel in drei Akten von Kaz Dschodori, wird im Stadttheater über zur Uraufführung gelangen.

Ausgrabungen in Mexiko. Mit Unterstützung des Carnegiefonds plant die Unterabteilung des Instituts die Ausgrabungen in Mexiko auf eine breite Grundlage zu stellen und hat zu diesem Zweck die bedeutendsten Archäologen Mexikos zur Mitarbeit angefordert. Die Ausgrabungen sollen besonders im Staate Jalisco stattfinden. Man beschäftigt u. a. auch die Pyramide von Teotihuacan.

IGB. und Russen.

Kein Weltkongress.

(Von unserem Korrespondenten.)

Amsterdam, den 7. Februar.

Die Besprechung der Russenfrage, des wichtigsten Punktes der Tagesordnung der am 5. Februar in Amsterdam eröffneten Ausschussung des IGB., nahm zwei volle Tage in Anspruch. Zur Verhandlung stand das am 29. Januar in Amsterdam eingetroffene Telegramm des Allrussischen Gewerkschaftsrates, in dem die Russen im Gegensatz zu ihrem Brief vom 23. Oktober, in dem sie von der Notwendigkeit eines „Weltarbeiterkongresses“ sprachen, vorschlugen, eine gemeinsame Konferenz von Vertretern des IGB. und des Allrussischen Gewerkschaftsrates, die „Mittel und Wege“ finden soll, die volle Einmütigkeit sichern und so die Gründung einer vereinten internationalen Gewerkschaftsorganisation ermöglichen, der sich alle jetzt dem IGB. und der Roten Gewerkschaftsinternationale angehörenden Organisationen anschließen können.

Wenn nicht der Zweck dieser Konferenz angegeben wäre, könnte sie harmlos erscheinen; so aber zeigt es sich, daß es sich nur um einen Schritt auf einem Wege handelt, von dem die Russen nie abgewichen sind, zu dem Ziele: die Zerstörung der Amsterdamer Internationale.

Als Antwort auf den in allen kommunistischen Blättern in diesem Zusammenhang gemeldeten „Hausstreit“ innerhalb der Amsterdamer Internationale, geben wir nachstehend ein Interview mit Genossen Sassenbach, Sekretär des IGB., wieder, der auf die Frage, in welchem Geiste sich die Verhandlungen über die russische Frage vollziehen, folgendes ausführte:

„Die Verhandlungen haben von neuem bewiesen, welcher Geist der Zusammengehörigkeit in der Gewerkschaftsbewegung herrscht, auch dann, wenn über einzelne Punkte Meinungsverschiedenheiten bestehen. Es hat sich bei den Besprechungen des Ausschusses herausgestellt, daß verschiedene Mißverständnisse vorliegen, teilweise wegen der verschiedenen Taktik in den einzelnen Ländern, teilweise wegen der irreführenden Berichte der kommunistischen Presse. Das stellte sich vor allem heraus, als die englischen Vertreter im Ausschuss erklärten, daß sie niemals für den von den Kommunisten propagierten „Weltkongress“ gewesen seien, ja, daß sie diesen als Unfug betrachteten, daß sie nur statt des fortwährenden Briefwechsels eine persönliche Aussprache wünschten, um die russischen Gewerkschaften dem IGB. zuzuführen. Gegen eine solche Aussprache haben natürlich auch die übrigen Länder keine Bedenken, da stets der Wunsch bestanden hat, die russischen Gewerkschaften in organisatorische Beziehungen mit den Gewerkschaften der anderen Länder zu bringen. Wenn trotzdem die Vertreter der nichtenglischen Länder dem schriftlichen Vorschlag der Engländer betr. eine Konferenz nicht zustimmen konnten, die durch keine Formeln und statutarische Vorschriften gebunden ist, so hängt dies mit den Erfahrungen zusammen, die sie im Gegensatz zu den davon verschont gebliebenen Engländern gemacht haben.“

Die mit 14 gegen 5 Stimmen angenommene Resolution Stenhuis-Smit, in der der Vorstand des IGB. beauftragt wird, dem Allrussischen Gewerkschaftsrat mitzuteilen, daß der IGB. sich bereit erklärt, die allrussischen Gewerkschaften in den IGB. aufzunehmen und jener gesagt wird, daß mit den Russen in Amsterdam zwecks gegenseitigen Gedankenaustausches eine Konferenz abgehalten werden kann, sobald die russischen Gewerkschaften diesen Wunsch zum Anschluß äußern, bedeutet eine vollständige Klärung der Lage.

Wir geben nachstehend einige Äußerungen führender Gewerkschafter und Mitglieder des Ausschusses über die Bedeutung dieser Resolution und ihre Folgen wieder.

Genosse Dudgeest, Sekretär des IGB.: „Bis jetzt waren alle unsere Versuche, die Russen zum Anschluß zu bringen, vergeblich. Sie haben sich in Wort und Schrift immer gegen einen Anschluß ausgesprochen und selbst in ihrem Telegramm vom 29. Januar haben sie dies noch einmal zum Ausdruck gebracht, indem darin eine Vereinigung des IGB. und der RGA vorgeschlagen wird. Daß davon keine Rede sein kann, besagt die Resolution Stenhuis, derzufolge es sich bei der geplanten Konferenz nicht um eine Besprechung betr. die Vorbereitungen für einen Weltkongress oder eine neue Internationale handeln kann. Durch die Resolution wird die bis jetzt vom Vorstand des IGB. eingenommene Haltung gutgeheißen. Wir werden mit den Russen über den Eintritt in den IGB. sprechen. Schließen sie sich dem IGB. an, so müssen sie natürlich die RGA verlassen.“

Jouhaug (Generalsekretär des Französischen Gewerkschaftsbundes): „Die Resolution bestätigt die Haltung des Vorstandes. Wir waren nie gegen den Anschluß der Russen und machen lediglich einen Unterschied zwischen den Russen und der RGA. Der nächste Schritt sollte logischerweise die Aufhebung der RGA und der diffidenten Organisationen in den Ländern sein, wo es zu Spaltungen kam. Denn diese Organisationen haben die Aufgabe, uns zu zerföhren.“

Leipart (Vorsitzender des ADB.): „Bei den Debatten und besonders den Ausführungen der englischen Genossen erhielt ich den Eindruck, daß alle sich gerne mit den Russen vertragen würden, andererseits aber die Hoffnung der Kommunisten auf eine Spaltung innerhalb der Amsterdamer Internationale nicht in Erfüllung geben wird.“

Langerle (Vorsitzender des Tschechoslowakischen Gewerkschaftsbundes): „Die Russen verfolgen allerdings gegenüber England eine andere Taktik, und zwar auf Grund der Erfahrungen, die sie in den Ländern gemacht haben, wo es zu Spaltungen kam. Ihr Ziel ist jedoch das gleiche. Ich glaube nicht an ihre Aufrichtigkeit. Die Einheit kann nicht durch einen „Weltkongress“ erzielt werden, sondern sie muß auf Grund gegenseitigen Vertrauens und ehrlicher Zusammenarbeit kommen.“

Die Haltung der englischen Delegation kam besonders gut in einer Rede von Fred Bramley (Generalsekretär des Britischen Gewerkschaftsbundes) zum Ausdruck, der sich der schlimmen Folgen der russischen Praktiken genau bewußt ist und dies auch in Rußland selbst nicht verbirgt. Ganz besonders gelte dies für die oft irreführenden Ausführungen Snow-Jewes, der die Beziehungen der Gewerkschaften auch Gewerkschaften überlassen sollte, da seine Manöver der Arbeiterbewegung nur schaden können. Selbstverständlich dürfe es an der wirklich nötigen Vorsicht gegenüber den Russen nicht fehlen, und es sei auch nicht anzunehmen, daß wir nicht verstehen werden, unsere Interessen wahrzunehmen.

In seiner Schlussrede stellte der Vorsitzende, A. Purcell, mit besonderer Genugung fest, daß die Offenheit und Auf-

richtigkeit, von denen die Debatten beherrscht waren, trotz der schwierigen Fragen ein erfreuliches Zusammenarbeiten ermöglichten und eine Einigkeit sicherten, von der gewisse Kreise vielleicht mit gemischten Gefühlen Kenntnis nehmen werden.

Wulle-Henning gegen Ludendorff.

Verhärtung der Krise im völkischen Lager.

B. S. München, 9. Februar. Der interne Kampf in der nationalsozialistischen Freiheitspartei, der auf der sogenannten „Preußenlegung“ zum Ausdruck kam, scheint nunmehr vor einer entscheidenden Wendung zu stehen. Wie der „Völkische Kurier“ erfährt, ist für die nächsten Tage beabsichtigt, mit der Gründung einer „Deutschvölkischen Freiheitsbewegung Großdeutschlands“ an die Öffentlichkeit zu treten. Die Bewegung wird in erster Linie den Gedanken der sozialen Ständegemeinschaft betonen. An die Spitze der Partei soll eine mehrgliedrige Führerschaft treten. Aus dem Kommentar, den das Blatt dieser Wendung anfügt, geht hervor, daß es der Kreis um Wulle und Henning ist, der mit dieser Initiative die Führerschaft der Nationalsozialistischen Freiheitsbewegung (Ludendorff, Graefe, Strasser) vor vollendete Tatsachen stellen will, die zwangsläufig den Rücktritt der Reichsführerschaft nach sich ziehen würden. Der „Völkische Kurier“ bedauert das Vorgehen Wulles und Hennings, erkennt aber an, daß eine längere Verlagerung der völkischen Krise allerdings kaum mehr zu rechtfertigen sei. Das Blatt rechnet damit, daß die Reichsführerschaft in den allernächsten Tagen beratend Stellung nehmen wird. Diese Stellungnahme wird wohl das Ausscheiden Ludendorffs und Strassers aus der aktiven Betätigung mit sich bringen.

Pastors Sorgen.

„Lachen links“ und die Drei Könige.

Dem republikanischen Wählblatt „Lachen links“ ist eine hohe Ehre widerfahren: Die Nationalsozialisten des Preussischen Landtags, an ihrer Spitze der Superintendent Böh, haben selbstenweg eine wutschnaubende Anfrage an das Kultusministerium gerichtet, die in der Forderung eines Gotteslästerungsprozesses gipfelt. Der Anlaß ist ein Gedicht des bekannten Dichters Klabend zum Dreikönigstag.

In süddeutschen Gegenden besteht, was ein ostelbischer Superintendent natürlich nicht zu wissen braucht, der altertümliche Brauch, daß am Dreikönigstag Bettler und Vaganten als heilige Drei Könige verkleidet umherziehen und betteln. Einem solchen Bettlertrio hat Klabend in drastisch urwüchsigem Volkston ein Bettelied in den Mund gelegt. Der Superintendent Böh aber redet sich ein, daß mit diesem Lied die heiligen Drei Könige der Bibel gemeint seien, und außerdem spekuliert man auf gewisse Empfindlichkeiten des Zentrums und wegen der Rechtskoalition!

Ein vernünftiger Mensch, auch ein religiöser, kann sich natürlich durch die Darstellung eines alten Volksbrauches nicht verletzt fühlen. Aber die Nationalsozialisten sollten überhaupt ihre Finger von den heiligen Drei Königen lassen. Erinnerung sich die antisemitischen Herren nicht, daß die Sehnsucht dieser drei Weisen war, den neugeborenen König der Juden zu sehen und ihm zu huldigen?

Liebesgabenpolitik.

Schlieben und die Schnapsbrenner.

Das Reichsfinanzministerium verhandelt, wie wir zuverlässig erfahren, mit den führenden Interessentenverbänden über die Abschaffung des Reichsbranntweinmonopols. Diese ist von den deutschen Kartoffelbauern und Schnapsbrennern seit langem gefordert worden. Der Abbau des Branntweinmonopols würde den Kontingentierungszwang, der im Interesse der Volksernährung geboten ist, aufheben und die Spritpreise in die Höhe treiben, außerdem das Reich einer wichtigen und bisher infolge unzulässiger Verwaltung und infolge der Inflation nur allzu wenig ausgenutzten Einnahmequelle berauben. Die Verhandlungen werden uns als aussichtsreich bezeichnet. Einige Gruppen von Schnapsbrennern versprechen sich von dem projektierten Abbau der Reichsmonopolverwaltung größere Gewinne durch die Bildung eines Zwangssyndikats, das ihnen die unbefristete Herrschaft über den inneren Markt geben würde. Herr von Schlieben, der den Wünschen der Interessenten nicht unzugänglich zu sein scheint, steht aber bei der Durchführung des Planes auf Schwierigkeiten insofern, als das Reichsmonopolamt noch außerordentlich große Spritbestände hat, zu deren Uebernahme erhebliche und sehr schwer aufzutreibende Geldmittel gehören, über die die Interessenten nicht verfügen. Sie könnten sie nur durch umfangreiche Kreditgewährungen erhalten. Man muß gespannt sein, ob bei der starken Vorliebe des

neuen Reichsfinanzministers für die rechtsgerichtete Großlandwirtschaft die Reichsregierung den Mut finden wird, die Stiebesgabenpolitik des kaiserlichen Deutschlands wieder einzuführen.

Bayerischer Ehrverlust.

Noch immer ein Fall Feschenbach.

Auf unsere Darlegungen über die Behandlung von Feschenbachs Begnadigung hat das bayerisch-offizielle „Süddeutsche Korrespondenzbureau“ eine offensichtlich vom bayerischen Justizministerium inspirierte Notiz gebracht, in der gesagt wird, daß der gegen Feschenbach und seine beiden Mitverurteilten ausgesprochene Beschuß der bürgerlichen Ehrenrechte bestehen bleibe.

Die bayerische Regierung drückt sich durch diese Notiz um eine amtliche Beantwortung der Frage herum, ob Feschenbach trotz der Begnadigung, aber richtiger Strafminde rung, auch weiterhin mit zehn Jahren Ehrverlust belastet bleiben soll. Das wundern niemanden, der weiß, daß Bayern das klassische Land politischer Unwahrscheinlichkeit und Heuchelei ist.

Man lese nur die amtliche bayerische Meldung nach, die am 20. Dezember 1924 die Begnadigung Feschenbachs bekanntgab. Sie begnügt sich nicht damit, wahrheitswidrig zu behaupten, daß nach dem Gutachten des Obersten bayerischen Landesgerichts die Schuld der Angeklagten „einwandfrei feststehe“; vielmehr verleiht sich diese amtliche Mitteilung noch zu der heuchlerischen Bemerkung, die Milderung der Strafen sei trotz der feststehenden Schuld erfolgt, „welches angezeigt sei, die Strafen den vom Reichsgericht in ähnlichen Fällen angewendeten Strafmaßen anzupassen“. Nun steht aber heute fest, daß das Reichsgericht im Falle Ritter-Telegramm zu einem freisprechenden Urteil gekommen wäre. Vom Volksgericht hat aber Feschenbach für die Veröffentlichung des Ritter-Telegramms zehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust bekommen! Was soll da die innerlich unwahre Phrase von der „Anpassung an die Rechtsprechung des Reichsgerichts in ähnlichen Fällen“? Für die Berichte an das Bureau Gargas wurde Feschenbach zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt, umgewandelt in ein Jahr Zuchthaus. Feschenbach hat aber schon zwei Jahre vier Monate Zuchthaus verbüßt!

Hätte man die Anpassung an die Rechtsprechung des Reichsgerichts wirklich ehrlich gewollt, so gab es nur eines: völlige Begnadigung Feschenbachs ohne Bewährungsfrist, Befreiung des Ehrverlustes und öffentliche Rehabilitierung des zu Unrecht Verurteilten, wie das vom bayerischen Justizminister im Landtag bei Beratung des Volksgerichtsgesetzes im Juli 1919 für solche Fälle zugesichert wurde.

Aber nichts von alledem! Nur verlogene Phrasen, die verschleiern sollen, daß im Falle Feschenbach mit der sogenannten Begnadigung ein schwerer Fehlspruch des Münchener Volksgerichts in aller Öffentlichkeit eingestanden werden mußte.

Das letzte Wort über die Urteile der bayerischen Volksgerichte im allgemeinen und über den Fall Feschenbach im besonderen ist noch nicht gesprochen. Und die Ehre kann Feschenbach durch bayerische Institutionen zwar formell, aber nicht tatsächlich abgeprochen werden. Wie die Dinge nun liegen, muß der Reichstag nun so nachdrücklich für die Annahme des Entwurfs über die Wiederaufnahme von durch Volksgerichtsurteile abgeschlossene Verfahren Sorge tragen. Dann wird eine große Zahl von Menschen, denen vom Volksgericht Unrecht geschehen, zu ihrem Recht kommen und auch Feschenbach bekommt dadurch die Möglichkeit, trotz aller Heuchelei, sich in einem Wiederaufnahmeproses vor dem Reichsgericht zu rehabilitieren.

Unverfrorenheit von Stinnes.

Das Wirtschaftsorgan der Familie Stinnes, die „Industrie- und Handelszeitung“, verteidigt den 700-Millionen-Standal mit folgender unverfrorenen Behauptung:

„Wenn allerdings der „Vorwärts“ über die Höhe der den Ruhrindustriellen gewährten Entschädigung jammert, so wird man ihn mit aller Höflichkeit darauf aufmerksam machen dürfen, daß ein großer Teil der jetzt zur Auszahlung gelangenden Summen in sich die Lohnforderungen birgt, die damals seitens der Arbeiter und Angestellten im Ruhrgebiet erhoben wurden.“

Vom 1. Januar 1924 an haben die Ruhrbergindustriellen die Schichtlöhne um rund 1 Mark gedrückt. Wieviel hundert Millionen hat die Arbeiterschaft ihnen damit schon Entschädigung gezahlt?

Wie groß ist die Entschädigung, die der Stinnes-Konzern durch diesen Lohndruck aus der Arbeiterschaft herausgepreßt hat?

Wieviel von den 700 Millionen hat der Stinnes-Konzern erhalten?

Der Untersuchungsausschuß.

Zintenfischtaktik der Deutschnationalen.

Am Untersuchungsausschuß des Landtags über die Kreditwirtschaft der Staatsbank teilte vor Eintritt in die eigentlichen Verhandlungen der Vorsitzende Dr. Leidig (D. Sp.) mit, daß eine vertrauliche Besprechung zwischen den Ausschussmitgliedern und Vertretern der Staatsanwaltschaft und Untersuchungsrichtern stattgefunden habe, die sich mit der Frage beschäftigte, inwiefern die Ausschussverhandlungen den schwebenden gerichtlichen Verfahren hinderlich sein könnten. Es handelte sich da um dieselbe Aktion, die auch gegenüber dem Reichsstaatsuntersuchungsausschuß sich ereignet habe. Es sei zuzugeden, daß auf gewissen Gebieten und in gewissen Momenten ein Zusammenstoß der beiden nebeneinanderliegenden gerichtlichen und parlamentarischen Untersuchungen eintreten könne. Der Ausschuss würde zu gegebener Zeit über diese Frage sich entscheiden müssen. Augenblicklich liege eine Notwendigkeit dafür noch nicht vor. Hierüber sei eine Verständigung zwischen den Vertretern und der Justiz und den Ausschussmitgliedern herbeigeführt worden.

Abg. Kuttner (Soz.) gibt sodann folgende Erklärung ab: In der „Arbeitszeitung“ bin ich in einem Artikel des Herrn Fernandes als ein Verteidiger des Schieberkapitals bezeichnet worden. Dieser Vorwurf wird ausgedehnt auf meine politischen Freunde, und zwar deswegen, weil wir uns gestattet haben, eine Behauptung des Zeugen Klinghammer einer sachlichen Nachprüfung zu unterziehen und, soweit die Behauptung unwahr war, sie richtig zu stellen. Wir müssen in einer derartigen schimpflichen Behauptung

einen erpresserischen Versuch gegen Ausschussmitglieder erblicken, durch den sie abgehalten werden sollen, hier an der Ermittlung der Wahrheit mitzumirken. Wir nehmen uns das Recht, unwahre Behauptungen, die hier gegen irgendwelche Persönlichkeiten erhoben werden, karzustellen und auch in dieser Beziehung der Wahrheit zum Durchbruch zu verhelfen.

Vorsitzender Dr. Leidig: Die deutsche Presse tut sich selbst den besten Gefallen, wenn sie von Beschimpfungen absieht. Ich wil-

gar nicht sagen, daß sie objektive Berichte erstatten soll, denn dann würde sie langweilig sein. (Seitertzeit und Hör, Hör!)

Zur Tagesordnung selbst teilt Vorsitzender Dr. Leidig mit, daß jetzt in dem Verhalten der Reichsbehörden gegenüber dem Untersuchungsausschuß ein gewisser Umschwung eingetreten sei. Während es anzuerkennen sei, die Reichsbehörden dem Ausschuss bisher in sehr weitgehender Weise Material zur Verfügung gestellt hätten, sei heute ein

Brieftelegramm des Reichswirtschaftsministers eingetroffen, in dem mitgeteilt wird, daß die für die Sitzung von heute gewünschten Akten in der dazwischenliegenden kurzen Zeit nicht herausgelacht werden könnten und daß außerdem gegen die Herausgabe der Akten grundsätzliche Bedenken beständen. Art. 25 der preussischen Verfassung enthalte noch Auffassung der Reichsregierung keine Verpflichtung für die Reichsbehörden. Unterschrieben ist dieses Brieftelegramm vom Reichswirtschaftsminister Reuhaus. Der Vorsitzende erklärt, daß diese staatsrechtliche Frage allerdings noch sehr zweifelhaft sei, weist aber auf das Befehl über den Bestand der Verwaltungsbehörden hin, daß in diesem Falle vielleicht praktisch werden könnte.

Außerdem gibt der Vorsitzende Kenntnis von einem Schreiben der Bohumer Handelskammer, in dem mitgeteilt wird, daß die Handelskammer die von ihr gewünschten Akten dem Untersuchungsausschuß zu treuen Händen eingereicht habe.

Im Ausschuss sind heute als Zeugen anwesend bzw. vorgelesen Kriminaldirektor Falk, Kriminalkommissar Klinghammer, Kriminalkommissar Bipo, Reichsminister A. D. Biffell, Abg. Heilmann und Redakteur Davidsohn.

Der zur Untersuchung der Lokomobile bei der Landespflanzendirektion auf Beschluß des Landtages eingeleitete besondere Untersuchungsausschuß wird am Dienstag nachmittags 6 Uhr seine konstituierende Sitzung abhalten und den Arbeitsplan festlegen.

Der Parteitag von Grenoble.

Paris, 8. Februar.

Der Parteitag der Sozialistischen Partei Frankreichs tagt vom 8. bis 12. Februar in der am Fuß der Alpen gelegenen Stadt Grenoble. Die schwere Krise, in die die Partei durch die Moskauer Spaltung vor vier Jahren gestürzt wurde, ist endgültig überwunden. In fast allen Departements bestehen wieder Parteiorganisationen, die seit dem Wahlsieg vom 1. Mai 1924 stetig an Mitgliedern zugenommen haben, so daß die Gesamtpartei heute eine wesentlich stärkere Mitgliederzahl hat als die kommunistische Organisation, die aller Anstrengungen und öffentlichen Belobigungen zum Trotz in starkem Rückgang begriffen ist. Mit ihren 70 000 zahlenden Mitgliedern ist die sozialistische Partei Frankreichs heute wieder ungefähr dort angelangt, wo sie unmittelbar vor dem Krieg, zu Jaurès Zeiten, organisatorisch stand. Die sozialistische Partei steht gegenwärtig an der Spitze aller politischen Organisationen Frankreichs und ihre Aktion steht im Mittelpunkt des allgemeinen Interesses.

Das Verhältnis zwischen dem Kabinett Herriot und der Sozialistischen Partei

wird in Grenoble den Mittelpunkt der Aussprache bilden. Wenn man je das Wort „Zusammenarbeit“ anwenden dürfte auf die Beziehungen zwischen einer Regierung und einer außerhalb der Regierung stehenden Partei, so trifft das hier zu. Da für die Zusammenarbeit von Anfang an ganz bestimmte Programmpunkte aufgestellt worden sind, so hat man einen Maßstab, um zu prüfen, wie weit das Ziel erreicht ist. Damit haben sich die sämtlichen 80 Bezirksparteitage, die dem Gesamtparteitag vorausgingen, ausführlich befaßt. Nirgendwo ist eine prinzipielle Ablehnung der Unterstützungspolitik erfolgt, nirgendwo eine Entschlebung gefordert worden, die etwa Rückkehr zur unbedingten Opposition verlangt. In vielen Bezirken sind die erreichten Ergebnisse als ungenügend bezeichnet worden, mußte sich die Fraktion dagegen lassen, sie habe nicht energisch genug auf Erfüllung der Unterstützungsbedingungen gedrängt. Sie müsse den rein sozialistischen Standpunkt stärker herauskehren. Aber in keinem Bezirk haben die Kritiker etwa verlangt, daß die Unterstützungspolitik aufgegeben werden soll ohne Rücksicht auf die innen- und außenpolitischen Folgen, die dadurch entstehen würden.

Der Brief Herriots vom 2. Juni 1924 an den damals in Paris tagenden außerordentlichen Sozialistischen Parteitag, nimmt die Wiederherstellung des Streichholzmonopols in Aussicht, dessen Abschaffung auf Wunsch der Privatindustrie der Nationale Block im letzten Abschnitt seiner Herrschaft sich erlaubt hatte; nun, das Monopol ist wieder hergestellt. Der Brief erklärt die Unmöglichkeit für notwendig; sie ist durchgeführt. Die Wiedererrichtung der 1920 gemahregelten Eisenbahnen ist auf den Staatsbahnen ganz, auf den Privatbahnen, soweit die Regierung irgendeinen Einfluß darauf hat, verwirklicht. Der Programmbrief kündigt die Aufhebung der Bottschaft beim Vatikan an, deren Wiederbesetzung vom Nationalen Block beschlossen worden war; diese Bottschaft ist gewesen. Der Brief kündigte Anerkennung der Sowjetregierung und Aufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Moskau an; beides ist verwirklicht. Der Brief erklärte Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften für notwendig, ebenso das Koalitionsrecht für die Staatsarbeiter und Angestellten, und verlangte die Bildung eines Wirtschaftsrats; die Regierung hat zum Entsetzen der Reaktion den Angestellten und Arbeitern des Staates vollste Koalitionsfreiheit gewährt, hat Vertreter der Gewerkschaften in alle führenden staatlichen Wirtschaftsorgane berufen und hat den Wirtschaftsrat ernannt, der den Bedingungen entspricht, wie sie der französische Gewerkschaftsbund ausgearbeitet hat. Der Brief hatte den Acht-Kundenvertrag versprochen; der Geleitzvertrag über die Ratifizierung des Washingtoner Abkommens ist eingeleitet.

So lassen sich nach eine lange Reihe anderer Maßnahmen aufzählen: wie Verbesserung der Gehälter der Beamten und Eisenbahner, endgültige Sicherstellung der elsass-lothringischen Eisenbahnen als Staatsbesitz, Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt. Von der Außenpolitik gar nicht zu reden, bei der London und Genf Etappen bilden, die zwar neue Schwierigkeiten nicht ausschließen, die aber den

völligen Bruch mit den Methoden des Nationalen Blocks

bilden. In den allernächsten Tagen wird der Geleitzvertrag auf Herabsetzung der Militärdienstzeit von 18 auf 12 Monate eingeleitet werden. Das Jahr 1925 wird weitere einschneidende Maßnahmen in Erfüllung gehen sehen, deren Durchführung den eigentlichen Grund für den lärmenden Feldzug des Nationalen Blocks gegen die Linke bildet. Auf dem Parteitag werden diese Fragen keine Meinungsverschiedenheiten hervorrufen, sondern nur die Frage: Soll man für die künftige Unterstützung neue weitergehende Bedingungen stellen und welche? Einige Genossen werden vielleicht wünschen, daß die Partei selbst sich an der Regierung beteiligen möge unter Hinweis darauf, daß sie bei ihrer jetzigen Stellung die Verantwortung nicht weniger auf sich nimmt, als wenn sie einige Ministerstelle hat, und daß sie dann doch noch größere Kontrolle und mehr Einfluß ausüben kann. Aber es steht heute schon fest, daß der Parteitag ihnen nicht folgen wird. In Wirklichkeit kommt es vor allem darauf an, daß die Regierung Herriot eine Politik des Schutzes der unteren und mittleren Klassen nach innen, des Aufbaus und der Verstärkung nach außen weiterführen kann. Bleibt Herriot diesem Programm treu, so kann er, so weit das von der sozialistischen Partei abhängt, während der ganzen Legislaturperiode an der Regierung bleiben.

Auf dem Parteitag werden zu größeren Erörterungen noch Anlaß geben: die Taktik bei den im Mai stattfindenden Gemeinderatswahlen und die Wahlreform. Von den zwei Hauptströmungen möchte die eine die Partei darauf festlegen, im ersten Wahlgang überall allein vorzugehen und erst im zweiten Wahlgang Wahlbündnisse abzuschließen. Die andere möchte das Recht auf Abschluß eines Wahlbündnisses schon für den ersten Wahlgang wahrscheinlich werden Grenzlinien festgesetzt werden, die

den einzelnen Bezirken eine gewisse Verhandlungsfreiheit lassen. In der Wahlrechtsfrage dürfte die größte Mannigfaltigkeit von Ansichten zutage treten, aber sicher wird der Grenobler Parteitag durch seine Arbeiten einen neuen Kraftbeweis jenes Machtfaktors sein, den die französische Sozialdemokratie heute in der Weltpolitik darstellt.

Die Eröffnungssitzung.

Grenoble, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der 2. Jahreskongress der Sozialistischen Partei Frankreichs ist gestern normittag zusammengetreten. Rund 300 Delegierte sind anwesend.

Der Generalsekretär der Partei, Abg. Paul Faure, begrüßte die Delegierten und bewillkommnete insbesondere die Delegierten der auswärtigen sozialistischen Parteien: für England und die Internationale Tom Shaw, für Belgien Vandervelde, für Deutschland Breitscheid und Hilferding, außerdem Vertreter Bulgariens, der Tschechen (Abg. Leo Winter) und des alten Rußland. Es werden noch Delegierte aus Schweden, Polen und anderen Ländern erwartet.

Der Schahmeister der Partei stellte fest, daß seit dem letzten Kongress die Zahl der eingeschriebenen Mitglieder um 10 000 gestiegen ist. Zum Geschäftsbericht der Partei stellten einzelne Delegierte die Forderung, daß die Jugendorganisationen namentlich auf sportlichem Gebiet ausgebaut werden. Abg. Brack berichtete für die Delegation zur Internationale, erörterte den Verlauf der in Lugemburg und Wien abgehaltenen Beratungen und sprach auch über die Beziehungen der Internationale zu der gewerkschaftlichen Internationale. Schließlich wurde über die Organisation des kommenden internationalen Sozialisten-Kongresses gesprochen, der im Laufe dieses Jahres in Frankreich stattfinden soll. Ort und Zeitpunkt sind noch nicht bestimmt.

Die Frage der Politik gegenüber der Regierung Herriot wird Montag und Dienstag beraten werden. Der Kongress beschäftigte sich noch mit der Agitation.

Die Begrüßungsreden der Auslandsvertreter.

Tom Shaw wies auf die neuesten Fortschritte der britischen Arbeiterpartei hin. Er sprach die Hoffnung aus, daß, wenn die Fortschritte anhalten, die Arbeiterpartei in zwei Jahren stark genug sein werde, die Mehrheit im Unterhaus zu erlangen. Sie habe während der Regierungszeit viel dazugelernt.

Hilferding führte in deutscher Sprache aus, daß die republikanische Tradition in Deutschland bereits feste Wurzeln geschlagen habe. Bei der bevorstehenden Reichspräsidentenwahl würden die deutschen Arbeiter zeigen, daß sie die Republik zu verteidigen wissen. Hilferding betonte, daß die Klärung des Ruhrgebiets und Kölns die Aufgabe der deutschen Demokratie erleichtern würde. Hilferding hob dann hervor, durch den Völkerbund allein könne der Friede in Europa und der gesamten Welt begründet werden.

Zeretelli (russ. Soz.-Dem.) gab eindrucksvolle Schilderungen von den Zuständen in Georgien und Stallin (russ. Soz.-Rev.) enthielt die Tatsache, daß es

in Rußland 90 000 politische Gefangene

gibt. Weiter sprachen der russische Sozialdemokrat Rosenfeld und der spanische Delegierte Basteira. Der frühere belgische Minister Wauters trat für eine Abfözung der Ruhrbesetzung ein und wandte sich scharf gegen die Kammerrede Herriots, die um so mehr enttäuscht habe, weil der Glaube bestand, daß es mit der Politik der Gewalt endgültig aus sei.

Raffin-Dugens kompromittiert.

Kommunist mit Poincaristenscheit.

Paris, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die kommunistische Partei Frankreichs hat beschlossen, den ehemaligen Abg. Raffin-Dugens aus der Partei auszuschließen. Ihm wird zum Vorwurf gemacht, während des Wahlschduges im oergangenen Frühjahr von einer rechtsstehenden Organisation einen Scheck von 5000 Frank empfangen zu haben. Dieser in seinen Mitteln nicht kleinliche Kommunist ist ein tätiges Mitglied der Partei gewesen und gehörte seinerzeit der Rientaler Gruppe an.

Verständigung der Hauptkohlenländer.

Ein Vorschlag des Bergarbeiterführers Hodges.

London, 8. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der englische Bergarbeiterführer und frühere Minister in der Regierung MacDonalds Hodges hat vor wenigen Tagen eine Rede gehalten, die dem Notstand der englischen Kohlenindustrie Rechnung tragen soll. Die Rede bildet gegenwärtig Gegenstand der öffentlichen Diskussion in England und es ist nicht ausgeschlossen, daß ihr auch über die Grenzen Englands hinaus in den nächsten Tagen eine gewisse Bedeutung zukommt. Infolgedessen erscheint es angebracht, den Inhalt der Erklärungen zusammengefaßt wiederzugeben. Hodges will zunächst zwischen Amerika, England, und Deutschland eine feste Vereinbarung zur Kontingentierung der einheimischen Kohlenproduktion herbeiführen, und zwar in dem Sinne, daß das eine oder andere Land seine Produktion heraussetzt oder herabsetzt. Er wünscht ferner eine internationale Preisfestsetzung für die Kohle mit Rücksicht darauf, daß menschenwürdige Löhne bezahlt werden und die Durchführung der Stenbundenentschlacht ermöglicht wird. Für diesen Fall soll der englische Bergbau diese Schanzzeit im Wettbewerb zur Stilllegung seiner unrentablen Kohlengruben brauchen und die rentablen Werte in den geographisch getrennten Revieren zu Betriebseinheiten zusammenfassen. Ihre Leitung ist von Hodges zentral gedacht, so daß innerhalb jedes Reviers ein Einnahmeausgleich zwischen stillgelegten und fördernden Bergwerken ermöglicht werden kann, bis die neu zu erschließenden Kohlenfelder in die Produktion eingeleitet werden.

Die deutsch-belgischen Verhandlungen.

Deutsche Zollschutzkollnerel.

Brüssel, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Die Zollverhandlungen zwischen Deutschland und Belgien sind bis heute noch nicht abgeschlossen. Sie bilden in Belgien fortgesetzt noch Gegenstand der öffentlichen Erörterung. So wendet sich z. B. die „Libre Belgique“ am Sonntag gegen einzelne Angebote Deutschlands, die sich durch übertriebene Zollforderungen auszeichnen. Deutschland soll z. B. den Einfuhrzoll auf Pferde verdoppeln bzw. verdreifachen. Auch die bisher zollfreien belgischen Gemüse- und Gartenprodukte sollen in Zukunft deutschem Zoll unterliegen. Eine Erhöhung der Zollsätze ist ferner vorgesehen für Autogummireifen, die bereits jetzt 50 bis 80prozentigen Zollsätzen unterliegen, Zement, Eisenprodukte und Autos, die mit 50 Proz. vom Wert verzollt werden sollen. Die „Libre Belgique“ sagt, daß leider eine Verständigung nur schwer möglich erscheine. Das Blatt ist bisher für den Freihandel und den schnellen Abschluß eines Handelsvertrags mit Deutschland eingetreten.

Der Antrag Borah.

Die Demokraten gegen die Eigentumsrückgabe.

Washington, 8. Februar. (Durch Funkspruch M.B.) Die Einbringung des Antrages Borah, betreffend die Rückgabe beschlagnahmten deutschen Eigentums hatte im Senatsausschuß für Außenpolitik eine Debatte zur Folge, in der der demokratische Senator Johnson erklärte, die Regierung habe gemäß den Bestimmungen des deutsch-amerikanischen Friedensvertrages nicht das Recht, das Eigentum zurückzugeben. Wenn Amerika das beschlagnahmte Eigentum zurückgeben würde, so würden die amerikanischen Steuerzahler schließlich die Lasten für die Ansprüche amerikanischer Staatsbürger gegenüber Deutschland zu tragen haben. Der Demokrat Simons erklärte, das Eigentum solle solange beschlagnahmt bleiben, bis Deutschland die Versicherung abgegeben habe, daß es die amerikanischen Schadenersatzansprüche zu bezahlen beabsichtigt. Simons behauptete, in einem Falle habe Deutschland amerikanisches Eigentum im Werte von 600 000 Dollar beschlagnahmt und trotz aller Einsprüche zurückbehalten.

New York, 9. Februar. (M.) Die Opposition gegen Borah stützt sich darauf, daß nach Annahme der Resolution Borahs Amerika alle Schiffe, darunter den „Lexington“, und alle Patente wieder herausgeben müßte, die vom Verwalter fremden Eigentums verkauft worden sind. Borah erklärte aber, bestimmte Fälle habe er mit seiner Resolution nicht gemeint. Amerika sei durch den Vertrag mit Preußen von 1827 gebunden, der durch keinen neuen Vertrag, auch nicht durch das Dames-Abkommen, befristet sei. Die Opposition ist sehr stark, so daß kaum anzunehmen ist, daß Borah Erfolg haben wird.

Der internationale Schiedsgerichtshof.

Kein Beitritt Amerikas.

Washington, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) Der Senatsausschuß für auswärtige Angelegenheiten lehnte am Freitag eine Entscheidung über den Beitritt Amerikas zum haager internationalen Schiedsgerichtshof ab. Damit ist der Beitritt Amerikas für diese Session erledigt.

Polizeikorruption in Polen.

Wilna, 9. Februar. (Eigener Drahtbericht.) In den letzten Tagen sind eine Reihe polnischer Polizeikommissare in Wilna wegen Beamteneitelung verhaftet worden. Eine polnische Zeitung berichtet dazu, daß selbst der Kommandant der Wilnaer Stadtpolizei und auch der Kommandant der Stadt Wilna, Lotynhos, gefaßt habe, daß die Polizeikommissare Bestechungsgelder annehmen dürften. Von diesem Gelde müssen die Polizeikommissare dem Kommandanten beim Rapport 100 Dollar aushändigen. Der Kommandant erhebt massenhafte Besenkte überford. Da verschiedene Polizeibeamte sich weigerten, Bestechungsgelder auch dem Kommandanten zukommen zu lassen, wurde eine Versammlung der Beamten einberufen, auf der beraten wurde, ob dem Kommandanten weiterhin der Anteil an den Bestechungsgeldern gezahlt werden sollte. Die Majorität beschloß, weiterhin diese Gelder zu zahlen. Die verhafteten und der Bestechung angeklagten Beamten sind bis heute noch nicht aus ihren Ämtern entfernt worden. Sie versuchen, die unteren Polizeikräfte dahin zu beeinflussen, daß nichts von diesen Missetatungen in die Öffentlichkeit gelangt.

Die Autonomie Ost-Oberschlesiens will ein dem polnischen Sejm vorliegende Gesetz einschränken. Richtigkeit sollen sämtliche Gesetze, die vom schlesischen Sejm erlassen werden, vom polnischen Staatspräsidenten unterzeichnet und von dem zuständigen Minister in Warschau gegengezeichnet werden. Die Veröffentlichung soll im Gesetzblatt Polens und nicht im schlesischen Gesetzblatt erfolgen. Zum Inkrafttreten dieses Gesetzesprojektes wäre die Zustimmung des schlesischen Sejm erforderlich.

Tschechenstaat und Vatikan. Das dem Außenminister Beneß nicht fernliegende Projekt nationalsozialistischer (aber nicht etwa halantkreuzerische) Blatt „Cesto Slova“ (Tsched. Wort) erklärt, nachdem Frankreich die diplomatischen Beziehungen zum Vatikan abgebrochen habe, dürfe die Tschedhoslowakei nicht zögern, diesem Beispiel zu folgen.

Macdonald zurückgekehrt. Der Führer der englischen Arbeiterpartei, Ramsay Macdonald, ist von seiner Reise nach Jamaika nach England zurückgekehrt.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Arthur Seitzmann; Gewerkschaftsbewegung: Friedr. Glatzer; Sozialdemokratie: R. A. Schiller; Soziales und Sozialismus: Fritz Kersch; Außenpolitik: H. Glatzer; Familie in Berlin: Berlin; Bornhörs-Verein G. m. b. H. Berlin. Druck: Bornhörs-Verlagsdruckerei und Buchhandlung Paul Singer u. Co. Berlin SW 68, Lindenstraße 2. Strass 1. Berlin.



Das ideale Universal-Putz- und Scheuermittel!

VIM ist die wesentlichste Stütze jeder Hausfrau u. ihres Personals bei der Instandhaltung des größten wie des kleinsten Haushaltes. Küche u. Küchengeräte, Badewanne u. Waschtisch, Messingbeschläge, Fenster, Holz- u. Linoleumfußböden, Marmor u. Fliesen, alles reinigt man hygienisch mühelos u. schonend mit

VIM
Jede Hausfrau macht den Versuch!
Alleinige Herstellerin:

SUNLICHT GESELLSCHAFT A.-G.

Gewerkschaftsbewegung

Konferenz des A.D.G.B., Bezirk Brandenburg.

Im Volkshaus zu Brandenburg a. d. H. tagte Sonnabend und Sonntag eine außerordentliche Konferenz des Bezirks Berlin-Brandenburg des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. Im Rahmen der Stadterverwaltung begrüßte Stadtrat Genosse Fischer die Erschienenen; Schönfuß sprach für die örtlichen Gewerkschaftsorganisationen. Den Bericht des Bezirksausschusses gab Genosse Bollmershaus. Nach einem kurzen Ueberblick über die Kassenführung ging der Bericht auf die gegenwärtige Lage des Arbeitsmarktes ein. In der Textil-, der optischen und der Metallindustrie wie auch im Buchdruckgewerbe ist gute Konjunktur, dagegen hat die Schuhindustrie sehr wenig zu tun. In der Landwirtschaft belebt sich der Arbeitsmarkt infolge der fortschreitenden Jahreszeit. Die Einführung der Maschinenarbeit an Stelle der Handarbeit im Braunkohlenbergbau hat eine große Anzahl von Arbeitern überflüssig gemacht. Das Baugewerbe ist wegen des warmen Wetters verhältnismäßig gut beschäftigt; die zu erwartende gute Bautätigkeit im Frühjahr und Sommer wird vielleicht sogar einen Handwerkermangel im Gefolge haben. Die Ziegelherstellung ist infolge Stilllegung einer großen Anzahl von Ziegeln stark eingeschränkt. Die Baustoffindustrie verfolgt offenbar preistreibende Absichten größten Maßstabes. Die Holzarbeiter stehen im Bezirk in Arbeitskämpfen gegen die Unternehmer. Große Aussperrungen sind mit Streiks beantwortet worden. — Die Mitwirkung der organisierten Arbeiterschaft bei der Verwaltung der Arbeitsnachweise leidet stark unter einem Mangel an behördlichen Anweisungen und Verordnungen. Im Landesarbeitsamt Brandenburg findet man viel Theorie und wenig Praxis. Die Erwerbslosenfürsorge ist auf einem Punkt angelangt, wo die

bedingte Einführung der Erwerbslosenversicherung

geboten erscheint. In großen Zügen streifte Bollmershaus die gegenwärtige Sozialpolitik. Die bürgerlichen Parteien betreiben rühtig den Abbau, ihr Ansturm richtet sich auch gegen die Ortskrankenkassen, denen wieder mehr als bisher die Berufsfrankentassen gegenübergestellt werden sollen. Bei den Vertreterwahlen zu den Ortskrankenkassen dürfen nach den Beschlüssen des A.D.G.B. Freigewerkschaftler nur auf freigewerkschaftlichen Listen kandidieren. In seinen weiteren Ausführungen forderte Bollmershaus den Ausbau des kollektiven Arbeitsrechts.

Zur Durchführung einer umfassenden Organisationsarbeit ist der Ausbau des Funktionärskorpers notwendig. Besonders müssen aber die während der Inflationszeit eingegangenen Zahlstellen der kleinen Verbände wieder errichtet werden. Nachdem der Redner das Zeitungs- und Bildungswesen behandelt hatte, konnte er in bezug auf den Mitgliederstand des Bezirks Brandenburg feststellen, daß eine

Zunahme gegenüber 1914 von 114 Proz.

eingetreten ist. Der Anteil des Bezirks an der Gesamtmitgliederszahl des A.D.G.B. stieg in derselben Zeit von 2,9 auf 4 Proz. In mehr als 300 Orten sind selbständige Zahlstellen der Verbände vorhanden. Es kann mit gutem Recht behauptet werden, daß der Organisationsgedanke in der Provinz Brandenburg nach den Wirnissen der Kriegs- und Nachkriegszeit wieder festen Fuß gefaßt hat. Die durch die wüste kommunistische Propagandaarbeit in den Ortsausschüssen verursachte Disziplinlosigkeit ist behoben. Die Zeit der Parolenkrederei ist vorbei. Am Schlusse seines umfangreichen Berichtes erklärte Bollmershaus unter dem Beifall der Konferenz, daß die Gewerkschaften heute mehr denn je Klassenkampf betreiben und daß derjenige, der das Gegenteil behauptet, nicht weiß, was Klassenkampf ist.

In der Aussprache gingen eine Anzahl Redner auf die Fragen der Sozialversicherung ein. Von anderen wurden die Schwierigkeiten der Agitation in den kleinen Orten besprochen. Die Tätigkeit der Bezirksleitung wurde allgemein gutgeheißen. Am zweiten Verhandlungstage sprach Genosse Heßler Berlin über

Gewerkschaftliche Jugendarbeit.

Gegenwärtig, wo der Kapitalismus die Jugendlichen ebenso hart wie die Erwachsenen in den Produktionsprozeß einpaant, muß eine tiefe geistige Bindung zwischen Jungen und Alten die Voraussetzung für eine Vorwärtsentwicklung der Gewerkschaften schaffen. Da wo heute noch die gegenseitige Fühllosigkeit herrscht, lenkt sich der stark lebensbejahende Sinn der Jugendlichen zu Organisationen hin, wo ihren Bedürfnissen, wenn auch nur rein äußerlich, mehr Rechnung getragen wird. Vielleicht sind wir in unseren wirtschaftlichen Organisationen in letzter Zeit zu sehr auf Praktische vorgelegt. Die Berücksichtigung der inneren Spannung der Jugendlichen, die Vermittlung der in ihnen schlummernden Gemütskräfte sollten die Gewerkschaften zu ihren vornehmsten Aufgaben machen. Genosse Heßler stellte in den Vordergrund seiner

Arbeitsrichtlinien die Forderung nach ausgiebigem Jugendschulung. Die Berufsausbildung darf nicht mehr Unternehmerprivileg sein; Berufsberatung, fachlich-theoretischer Unterricht, daneben Ausbau der Berufsschulen sind die Forderungen der neuen Zeit. Ein erhöhter Bildungsgrad wird ein Höchstmaß von kulturellen Forderungen nach sich ziehen. Dabei werden wir unsere Arbeit an der Jugend weit über den gewerkschaftlichen Rahmen hinaus nachsehen. Genosse Raschke vom A.D.G.B. sprach zum gleichen Thema.

Einen breiten Raum in den Verhandlungen nahmen die Vorträge der Genossin Trapp, Regierungsrätin und Gewerbeaufsichtsbeamtin, über Gewerbeaufsicht und Gewerbehygiene und von Genossen Prof. Chajes ein, der über die Zusammenarbeit von medizinisch und technisch vorgebildeten Gewerbeaufsichtsbeamten sprach. Er forderte den Ausbau der ärztlichen Gewerbeaufsicht und die Errichtung einer Kunststelle für Gewerbe und Sozialhygiene beim Vorstand des A.D.G.B. Die Genossen Lehmann und Galle, die als Gewerbeaufsichtsbeamte wirken, berichteten über ihre Tätigkeit besonders in den Landbezirken. Nach einem kurzen Referat über Bauarbeiterchutz, das Genosse Anton erstattete, betonte Schulze vom A.D.G.B. die Bereitwilligkeit des Bundesvorstandes zur Errichtung einer Arbeiterchutzabteilung im Bundesbureau. Den Beschluß der sachlich verlaufenen Tagung (die Kommunisten taten nicht einmal den Mund auf), bildete ein instruktives Referat von Prof. Bonn über „Die deutsche Handelsvertragspolitik“.

Hungerlohn für einen Handwari.

Die Chemiefabrikantenfirma Gebr. Schubert betraute ein Ehepaar mit der Portierstelle in ihrem Geschäftshaus. In dem einstöckigen Vorderhaus befinden sich zwölf Räume, welche die Firma als Bureau benutzt, und im Hintergebäude ist das Warenlager untergebracht. Das Pförnerhepaar hat laut Arbeitsvertrag für Reinlichkeit und Ordnung im Hause zu sorgen, insbesondere auch das Haus zu bewachen, so daß das Grundstück zu keiner Zeit ohne Aufsicht ist.

Mit der Reinigung der zwölf Büroräume hatte das Ehepaar keine Angabe nach täglich vier Stunden zu tun, und da das Grundstück zu keiner Zeit ohne Aufsicht bleiben sollte, nach Geschäftsschluß aber außer den Portierleuten kein Mensch im Hause anwesend war, so mußte also stets wenigstens einer von beiden zu Hause bleiben, um das Grundstück zu beaufsichtigen. Und für diesen zwar nicht anstrengenden, aber viel Zeit in Anspruch nehmenden Dienst erhielt das Ehepaar außer freier Wohnung (Stube und Küche) einen Wochenlohn von 7,50 M.

Schon bei der Einstellung bemängelte der Portier den ungewöhnlich niedrigen Lohn, trat aber trotzdem die Stelle an, weil ihm der Prokurist der Firma Hoffnung auf eine spätere Lohnerhöhung machte. Aber trotz mehrfacher Vorstellungen des Portiers ist diese Hoffnung nicht erfüllt worden. Das Pförnerhepaar sah sich deshalb veranlaßt, die Firma beim Gewerbegericht zu verklagen. Gefordert wurde der in dem rechtsverbindlichen Tarif für Portiers festgesetzte Wochenlohn von 33 M.

Das Gericht kam zu der Auffassung, das fragliche Grundstück sei kein Industrie- oder Geschäftshaus im Sinne des Tarifs, aber auf das vorliegende Arbeitsverhältnis sei der Tarif für die Arbeiter in der Chemiefabrikation anzuwenden. Danach habe der Kläger einen Wochenlohn von 25 M. zu beanspruchen. Die freie Wohnung bewerte das Gericht mit 5 M. wöchentlich, so daß nach ein Barlohn von 20 M. zu gewähren ist. Da die beklagte Firma nur 7,50 M. gezahlt hat, so wurde sie verurteilt, vom 31. Dezember ab 12,50 M. pro Woche nachzuzahlen.

Der Gewerbeverein lehnt den Schiedsspruch ab.

Bohum, 2. Februar. (Mit.) Eine Sonderkonferenz des Gewerbevereins christlicher Bergarbeiter befaßte sich mit dem am Donnerstag über die Arbeitszeit im Ruhrbergbau gefällten Schiedsspruch. Es wurde eine Entschleunigung angenommen, in der der Gewerbeverein den Schiedsspruch über die Arbeitszeit ablehnt, da dieser den berechtigten Interessen der Bergarbeiter nicht Rechnung trage. Die Lage im Ruhrbergbau habe sich gegenüber dem Vorjahre so gebessert, daß eine Beschränkung der Ueberarbeit sehr wohl erfolgen könne.

Einigung im Saarbergbau.

Saarbrücken, 2. Februar. (Mit.) Die gestern nachmittag abgehaltene Konferenz der christlichen Bergarbeiter hat sich mit dem Ergebnis der in Paris gepflogenen Verhandlungen im Bergbau beschäftigt und einmütig beschlossen, nicht in den Streik zu treten. Denselben Beschluß faßte auch der freie Bergarbeiterverband.

Lohnbewegung in der französischen Textilindustrie.

Paris, 2. Februar. (Mit.) In St. Etienne haben gestern die Samt- und Seidenweber aus dem Loirebezirk getagt und beschlossen, eine Lohnerhöhung von 15 Proz. vom 1. März ab zu fordern. Auf Veranlassung der Samtweber von Basel ist beschlossen worden, einen internationalen Kongreß einzuberufen, um eine Lohnerhöhung zu erreichen. In diesem Kongreß sollen die Arbeiter aus der Schweiz,

Deutschland, Italien und Frankreich teilnehmen. Ort und Zeitpunkt sind noch nicht bestimmt.

Die Belegschaft der Firma Fiesl Söhne in Reinickendorf steht seit Freitag, den 6. Februar, wegen Lohnunterschieden im Streik. Die Firma hat die gesamte Belegschaft entlassen und versucht, vom Arbeitsnachweis neue Leute anzufordern. Vor Arbeitsannahme wird gewarnt.

Die Verhandlungen zwischen den Vertretern der englischen Eisenbahner und der Eisenbahngesellschaften, die den ganzen Sonnabend über währten, führten noch zu keiner Einigung.

Wirtschaft

Der Reichswirtschaftsrat zur Wohnungswirtschaft.

Der Ausschuss für Siedlungs- und Wohnungswesen des vorläufigen Reichswirtschaftsrats behandelte am Mittwoch die Neuregelung der Wohnungswirtschaft und die damit zusammenhängenden Fragen. Angenommen wurden folgende Leitsätze zur Wohnungswirtschaft:

Die Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungswesens erfordern:

1. daß vor allem der Neubau von Wohnungen mit allen Mitteln gefördert wird. Zu diesem Zwecke ist es notwendig: a) den Realcredit wieder leistungsfähig zu machen, b) die Neubauten etwa auf die Dauer von 10 Jahren von allen auf dem Grundstück ruhenden Reichs-, Landes- und Gemeindesteuern zu befreien.

Im einzelnen werden folgende Maßnahmen empfohlen: Zur Frage der Hypothekenaufwertung:

2. a) eine Aufwertung über den Satz von 20 Proz. hinaus ist für die Wirtschaft, insbesondere die Mieterschaft, die letzten Endes die Last zu tragen hat, nicht tragbar. Eine höhere Aufwertung kann zugelassen werden für Hypotheken aus Erbschaften und familienrechtlichen Abfindungen. Der für die Hypothek festgesetzte Aufwertungssatz gilt auch für die persönliche Schuld. b) Wichtiger als die Aufwertung des Kapitals ist die baldige Wiederherstellung des Zinsdienstes für die aufgewertete Hypothek. c) Der Schuldner der aufgewerteten Hypothek kann die Umwandlung in eine Tilgungshypothek verlangen. d) Völligstens binnen Jahresfrist nach der endgültigen gesetzlichen Verordnung der Hypothekenaufwertung haben die Pfandbriefanstalten ihre Pfandbriefe gegen Goldpfandbriefe umzutauschen.

3. Im Interesse einer wirksamen Förderung des Neubaus und zugleich der Erhaltung des Altwohnungsbestandes ist die Hauszinssteuer auf 20 Proz. der Friedensmiete zu erhöhen und zu einer Reichsteuer auszubauen.

4. Die für Förderung des Wohnungsbaus zur Verfügung stehenden Steuerbeiträge sind zu verwenden: a) etwa 80 Proz. zu gering verzinslichen Darlehen für Neubauten; b) etwa 15 Proz. zu zinslosen Darlehen für Wiederinstandsetzung der Altwohnungen, rückzahlbar in zwei bis drei Jahren; c) etwa 5 Proz. als Unterstützungsfonds für die Gemeinden, welche nichtzahlungsfähigen Mietern, Erwerbslosen, Kleinrentnern usw. Mietzuschüsse gewähren müssen, damit die Miete voll gezahlt wird. Die Länder und die Gemeinden haben den für sie festgesetzten Anteil an der Aufwertungssteuer nur vom tatsächlichen Aufkommen, niemals vom errechneten Sollaufkommen zu entnehmen.

5. Sowie nicht die Hauszinssteuer für dringende Erfordernisse des allgemeinen Finanzbedarfs erforderlich ist, soll sie ausschließlich für Zwecke der Wohnungsförderung erhoben werden. Die sonstigen erhöhten Teile der Hauszinssteuer sollten bei der bestehenden Neuregelung des Finanzausgleichs abgebaut und durch die allgemeine Grund- und Gebäudebesteuerung oder andere Steuern ersetzt werden.

6. Die Mieten sind unter Würdigung der wirtschaftlichen Gesamtlage in absehbarer Zeit der Friedensmiete anzugleichen. Aus der festgesetzten Miete hat der Hauseigentümer zu befreien: die Verwaltungs- und Betriebskosten, die laufenden und großen Instandhaltungskosten, die Zinsen für das Eigenkapital und für die aufgewerteten Hypotheken und die Hauszinssteuer.

7. Sobald die Verhältnisse auf dem Gebiete des Wohnungsmarktes es zulassen, ist das Wohnungsmangelgesetz für alle oder für bestimmte Arten von Wohnungen außer Anwendung zu setzen. Ein solcher teilweiser Abbau ist insbesondere auch für einzelne Gemeinden angezeigt, sobald die örtlichen Verhältnisse es gestatten.

8. Beim Tausch von Wohnungen ist die geltende, den Tausch im wesentlichen freilassende Gesetzesvorschrift zur vollen Durchführung zu bringen.

9. Das Recht zur Beschlagnahme von Teilen übergroßer Wohnung ist jetzt schon allgemein aufzuheben.

10. Aus dem Anwendungsbereich des § 6 des Miet- und Schutzgesetzes sind Untermieter, die keinen eigenen Hausstand führen, herauszunehmen.

Apollo
8 Uhr Theater 8 Uhr
Revue-Posse
Das lachende Berlin
(über 150 Mitwirkende!)
Ganz kleine Eintrittspreise!
Parkett 2,50 M.

Theater am Kottbuser Tor.
Tägl. 8 Uhr und
Sonntag nachm. 3 Uhr
Elke - Sänger.
Der Apfel des Humors!
Die Nase der Pandora!
Vollständige Preise.

Reichshallen-Theater
Abend 8 U. u. Sonntag nachm. 3 Uhr
Siedlener Sänger
Nachmittags halbe Preise
volles Programm.

Dönhoff-Brett!
Familien-Varieté
Anf. 7 1/2 U. Sonnt. 8 1/2 U.

Der gute Kapitän-
Kaufabak
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 356!

Altes
Spezialgeschäft
in
**Kamelhaar-
Schlaf-
Reife-
Deden**
Strüpfen
Strümpfen
alles zu
billig! Tagespr.
Gebrüder
Pflaume
Berlin SW.
Friedrichstr. 205
Ede Zimmerstr.

Asthma
Ihres Hilfe durch
Reichs- und
Weltweit-
bekanntes
Mittel
C. Röcker, Berlin
Lichtenberger Straße 22, Kgst. 356!

SIL

Das prachtvollste Schneeweiß
zeigt jede Wäsche, die mit SIL behandelt ist.
SIL Henkel's beliebtes Bleich- und Waschmittel
als Zusatz zur Seilensauge gebraucht, ersetzt die umständliche Rasenbleiche.
— OHNE CHLOR —

Am 7. Februar ist meine innig-
geliebte Frau, unsere gute Mutter
Ida Walther geb. Topp
im Alter von 64 Jahren nach langem
Leiden sanft entschlafen.
In tiefer Trauer im Namen der
Hinterbliebenen:
Hilmer Paul Walther,
Lichter Grete und Elisabeth,
Schwägerinnen: Hermann
Westphal und Franz Gold,
Enkelinnen: Elli und Gerda.
Die Einäscherung findet Dienstag,
abends 6 Uhr, im Krematorium
Baumgartenweg statt. 459b

Verkäufe
Raumann-Wohnhäuser für Saus-
gelehrte und Gewerbe. Teilzahlung. Re-
paratur-Werkstatt für alle Systeme.
Amil Solbach & Co. m. b. H. Friedrich-
straße 55a. Werktr. 620b.

Bekleidungsstücke, Wäsche usw.
Damenmäntel direkt ab Werktr. 3.-
5.- mit Pelztragen 7.- 10.- 15.-
Effenhautmäntel, Pelztragen 21.-
25.- 30.- Radmäntel 7.- 14.-
18.- 20.- 30.- Kleidermäntel, Cover-
coatmäntel, Kleidermäntel, Cover-
coatmäntel 60 II (Leipziger Straße) 9 bis
1 Uhr.
Schnellverkauf direkt von Kobritz! Damen-
herrenkleidung! Ausbehalten! Fremden-
betten! Kinderbetten! Sportbekleidung!
Groschortel! Brunnenstraße 113.

Wohnungswirtschaft. Wohnhaus Brunnen-
straße 5. Firma Schen. Anzüge, Polster-
möbel, Cutawons, Rucks, Smokings, von
ersten Herrschaften nur kurze Zeit ge-
tragen. Wechselweise neue Sachen ab-
geben. Preis sehr billig. Sehr geschickte
Arbeitskräfte, sehr preiswert. Gelegen-
heitskäufe in Sparbüchern, Schokolade,
Kart 30 Prozent billiger.

Möbel
Chaiselanges, Reclinetten, Kuffen-
matratzen, Bettmatratzen, Walter,
Spararbeiterstraße 42/43.

Verkäufe
Raumann-Wohnhäuser für Saus-
gelehrte und Gewerbe. Teilzahlung. Re-
paratur-Werkstatt für alle Systeme.
Amil Solbach & Co. m. b. H. Friedrich-
straße 55a. Werktr. 620b.

Musikinstrumente
Glasen preiswert, Klaviermacher,
Einf. Brunnenstraße 33.
Kaufgesuche
Kobritz kauft Eisenstraße 15.

JUHL
Für Feinraucher
Jahrgang 1869
HERSTELLER: T. A. M. JUHL TABAKINDUSTRIE GES. BERLIN-PANKOW